



DRESDEN HAT MEHR VERDIENT

Programm für Dresden
zur Stadtratswahl
am 25. Mai 2014

Das Kommunalwahlprogramm wurde nach intensiver Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden und Initiativen in der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Dresden am 11. Januar 2014 einstimmig beschlossen.

Impressum:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dresden
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
v.i.s.d.P. Michael Schmelich

Klimaneutraler Druck



DRESDEN HAT MEHR VERDIENT

INHALTVERZEICHNIS

Vorwort	6
---------	---

A. DRESDEN GESTALTEN FÜR KLIMASCHUTZ UND EINE NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

8

Innenstadt verdichten, aufwerten und begrünen	9
Wohnen darf kein Luxus werden	10
Mobilität für alle –	
klimaschonend, stadtverträglich, bezahlbar für alle	11
Gesundheitsschutz durch weniger Lärm und Abgase	13
Biologische Vielfalt sichern	14
Nachhaltiger Hochwasserschutz für Dresden	15

B. DRESDEN BEWEGEN – MIT EINER NACHHALTIGEN ENERGIE-, WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

16

Energiewende mit Bürgerschaft und Wirtschaft	16
Wirtschaft – Dresdens Potenziale nutzen	18
Bildungseinrichtungen und Forschung als Schlüsselfaktor nutzen	18
Existenzgründung, Selbständigkeit und Unternehmensansiedlungen besser unterstützen	18
Vernetzung in der Region und Beziehungen zu unseren Nachbarländern verbessern	19
Touristische Entwicklung muss nachhaltig sein	19
Kultur- und Kreativwirtschaft als Potenzial besser fördern	19
Kleinteiligen Einzelhandel erhalten und fördern	20
Global denken – Regional handeln	20
Abfall- und Recyclingwirtschaft braucht Impulse	21
Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau gehören zu Dresden	21
Für eine nachhaltige und zielorientierte Finanz- und Haushaltspolitik	22
Städtische Unternehmen	23



C. EINE STADT FÜR ALLE! – BILDUNG, SOZIALES, GESUNDHEIT

24

Kitas für Alle!	24
Hort garantieren – ohne Einschränkungen	24
Schulbau – die Herausforderung für die nächsten Jahre	25
Bildung aus einer Hand und lebenslang	25
Kinder- und Jugendarbeit vor Ort stärken	26
Hilfen zur Erziehung für Familien	
unbürokratischer gestalten	26
Kinderarmut wirksam bekämpfen	27
Für eine barrierefreie Stadt	27
Selbstbestimmt älter werden	27
Bedarfsgerechte Pflegeangebote ausbauen	28
Soziale Beschäftigung zielgerichtet einsetzen	28
Jobcenter – Konflikte abbauen	29
Einkommensschwache Menschen unterstützen	29
Stromsperrern verhindern	29
Neuen Anforderungen in der	
Wohnungslosigkeit begegnen	30
Angebote für	
psychisch erkrankte Menschen verbessern	30
Auf Sucht antworten – echte Prävention umsetzen	30
Gesundheitspolitik ist Prävention	31
Krankenhäuser zukunftssicher machen	31
Gesunde Ernährung – was kann Dresden tun	32
Tiere sind Mitgeschöpfe	32

D. KULTUR BEWEGT DRESDEN

33

Sozio- und Off-Kultur brauchen Unterstützung	33
Räume für Kultur- und Kreativszene	33
Kultur ist Weltoffenheit	34
Kulturfinanzierung neu denken	34
Dresden klingt gut	34
Bibliotheken und Kulturelle Bildung stärken	34
Museumslandschaft pflegen	35
SPORT ist BewegungsKULTUR	35



E. VERWALTUNG REFORMIEREN - BÜRGERRECHTE STÄRKEN

36

Für ein sicheres Dresden	36
Das Dresdner Ordnungsamt neu ausrichten	37
Daten schützen – IT-Sicherheit gewährleisten	37
Für eine schlanke bürgerinnen- und bürgerfreundliche Verwaltung	37
Weniger Bürokratie wagen	38

F. MEHR DEMOKRATIE WAGEN – TRANSPARENT HANDELN

39

Bürger beteiligen	39
Beim Haushalt mitreden	39
Mehr Demokratie in den Stadtteilen	40
Rechte der Kinder stärken - unabhängiges Kinderbüro für Dresden	40
Informationen für Alle	40
Digitales Bürgerengagement stärken - Freifunk fördern	41
Mandatsträger müssen transparent sein	41
Ein Rathaus der offenen Türen	41

G. DRESDEN – EINE METROPOLE DER WELTOFFENHEIT

42

Dresden für Migrantinnen und Migranten lebenswert gestalten	42
Kompetenzen des Ausländerbeirates erweitern	42
Flüchtlinge in Dresden aufnehmen und unterstützen	43
Für ein vielfältiges Dresden	43
Dresden als Partner der Welt	44
Für eine andere Gedenk- und Erinnerungskultur	44

BEGRIFFSERLÄUTERUNGEN

45

LIEBE DRESDNERINNEN UND DRESDNER,

Sie wählen am 25. Mai 2014 einen neuen Stadtrat und entscheiden so, welche Rolle die verschiedenen Parteien und Wählervereinigungen in den nächsten fünf Jahren spielen werden.

Es gibt keinen Grund, die tatsächlichen Erfolge Dresdens schlecht zu reden. Die meisten Menschen leben gern hier und freuen sich über die Entwicklungen in den letzten Jahren. Dies ist der Verdienst vieler und nicht nur von Verwaltung und Politik! Doch Dresden kann mehr! Neue Weichen müssen jetzt gestellt werden, um Erreichtes zu sichern und die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Dabei kann Politik nicht alle Probleme lösen. Verantwortungsvolles Handeln eines jeden Menschen ist wichtig für eine funktionierende Stadtgesellschaft. Eigenes Mobilitäts- oder Konsumverhalten entscheidet mit darüber, ob die Stadt im Verkehr versinkt oder lebendige Stadtteilzentren und eine attraktive Innenstadt erhalten bleiben.

Dresden wächst durch mehr Kinder, viele Familien und ältere Menschen. Allen Einwohnerinnen und Einwohnern wollen wir gleiche Chancen eröffnen. Uns GRÜNEN ist wichtig, dass dabei Ökologie und Demokratie mit den richtigen Weichenstellungen bei Bildung, Kultur und Sozialem verbunden werden. Wir GRÜNE sehen im Beitritt zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene im vergangenen Jahr einen Anfang, dem nun konkrete Schritte und Maßnahmen folgen müssen.

Mit der Zustimmung zum Stadthaushalt 2013/2014 haben wir GRÜNE Verantwortung für eine zukunftsweisende Politik für Dresden übernommen. Das war möglich, weil im Rathaus die Erkenntnis wächst, dass eine verantwortungsvolle Politik in Köpfe und nicht in Beton investiert. Für 700 Millionen Euro wird in den kommenden Jahren der Investitionsstau bei Schulen, Kitas und Kultureinrichtungen abgebaut. Dieser Haushaltsbeschluss zeigt auch: für die rückwärts gerichtete Betonpolitik von CDU und FDP gibt es in Dresden keine Mehrheit mehr. Die CDU-geführte Verwaltungsspitze blockiert notwendige Entscheidungen für innovative Energie- und Stadtentwicklungspolitik gegen das Wohl der Menschen und des Klimas. Lieber überlässt sie Dresden den Geschäftsinteressen großer Investoren als die Interessen der Stadt zu vertreten – z. B. beim Bau großer Einkaufstempel zu Lasten des mittelständischen Einzelhandels. Gegen sich abzeichnende Wohnungsnot und Mitpreiserhöhungen haben CDU und Verwaltungsspitze kein Mittel.

Deshalb braucht Dresden starke GRÜNE, die auf Veränderung drängen und die positive dynamische Entwicklung Dresdens unterstützen. Wir wollen die Dominanz der CDU im Stadtrat beenden und für neue Mehrheiten in Dresden kämpfen. Wir sind uns aber auch im Klaren, dass ein Teil unserer Projekte nicht durch Einzelentscheidungen eines Haushaltsjahres umgesetzt werden kann, sondern kontinuierliche Arbeit über längere Zeiträume benötigt. Dazu suchen wir Verbündete im Stadtrat und in der Bürgerschaft.

Wir wollen durch eine ökologische Stadt-Modernisierung die Lebensqualität aller Menschen verbessern. Der globale Klimawandel ist auch in Dresden eine große Herausforderung. Wenn Dresden einen Beitrag leisten soll, die Erwärmung auf das international vereinbarte Zwei-Grad-Ziel zu begrenzen, muss der CO₂-Ausstoß pro Einwohner von



aktuell zehn Tonnen bis zum Jahr 2050 auf eine Tonne reduziert werden. Neben der raschen Verminderung des Energieverbrauchs zählt der Ersatz klimaschädlicher Energieerzeugung aus den begrenzten Rohstoffen Kohle, Öl und Erdgas durch Sonne, Wind und Biomasse zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben der Stadt Dresden, Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe über alle Felder der Stadtpolitik und Verwaltungstätigkeit und erfordert eine zentrale Stellung im Verwaltungsaufbau.

In der Verkehrsplanung kämpfen wir für ein grundlegendes Umdenken. Noch mehr Flächenversiegelung, Abholzen von Straßenbäumen, Luftverschmutzung und Lärm verträgt die Stadt nicht. Überdimensionierte Straßenneubauten sind überholt. Wir wollen Bahn und Bus fördern, Geh- und Radwege ausbauen und die bestehenden Straßen sanieren. Die städtebauliche Vielfalt Dresdens wollen wir bewahren und qualitätsvolles, modernes Bauen mit dem Denkmalschutz verbinden. Die Innenstadt braucht mehr Investitionen in den öffentlichen Raum und mehr Grün statt Grau.

Alle Dresdnerinnen und Dresdner sollen am kulturellen und sozialen Leben der Stadt teilhaben. Dazu benötigen wir gute Bildungseinrichtungen und ein dichtes Netz von Hilfen, besonders durch freie Träger. Kultur ist ein Lebensnerv Dresdens. Wir wollen den kulturellen Reichtum bewahren und ausbauen. Kultur erschöpft sich für uns nicht in der herkömmlich anerkannten Hochkultur, sondern umfasst alle künstlerischen und kulturellen Formen. Wir wollen zeitgenössische Kunst und kulturelle Bildung sowie stärker als bisher die Kulturwirtschaft fördern. Transparenz und Mitsprache müssen in Dresden zum Herzstück kommunaler Politik werden. Wir wollen mehr Rechte für Bürgerinnen und Bürger, um sich selbstbestimmt in Angelegenheiten der Stadt einmischen zu können. Dabei stärken wir besonders Stadtteile und Ortschaften mit mehr Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort. Die Verwaltung wollen wir an den Interessen der Menschen orientiert bürgerfreundlich umbauen. Mit dem Abbau überdimensionierter Bürokratie sparen wir Geld für wichtige Aufgaben.

Bei allem Veränderungswillen bleiben wir GRÜNE auf dem Teppich solider Finanzen: Es darf nur soviel Geld ausgegeben werden, wie eingenommen wird. Im Interesse künftiger Generationen lehnen wir eine Verschuldung Dresdens ab.

Wir wollen ein weltoffenes Dresden. Akzeptanz von Vielfalt, Teilhabe statt Ausgrenzung, Offenheit für neue Wege und andere Kulturen stehen für uns im Mittelpunkt. Wo Rechtsextremismus und Diskriminierung auftreten, bieten wir ihnen die Stirn. Nazis haben in dieser Stadt nichts zu suchen!

Darum kämpfen wir GRÜNE für ein gutes Ergebnis bei den Stadtratswahlen. Wir wollen Dresden nachhaltig mitgestalten, durch eine starke Stadtratsfraktion und nach 2015 auch an der Spitze der Stadtverwaltung durch eine GRÜNE Stimme in der Bürgermeisterriege. Wir stehen für die politische Kultur des Zuhörens. Konflikte wollen wir demokratisch und fair mit frühzeitiger Beteiligung der Bürgerschaft klären.

Wir wollen, dass die Verwaltung die Vorgaben des Dresdner Stadtrates umsetzt und nicht aussitzt. Dafür treten wir GRÜNE mit innovativen Ideen und starken Kandidatinnen und Kandidaten bei der Stadtratswahl an.

Dresden hat mehr verdient! Deshalb werben wir für Ihre drei Stimmen.

A. DRESDEN GESTALTEN

FÜR KLIMASCHUTZ UND EINE NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung, Kultur und Freizeit gehen in einer menschengerechten, nachhaltigen Stadt eine lebenswerte Verbindung ein. Der Klimawandel ist auch in Dresden spürbar. Die mittlere Jahrestemperatur liegt um ein Grad höher als vor 30 Jahren, „Jahrhunderthochwasser“ häufen sich. Auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt müssen vor allem beim Energieverbrauch im Gebäudebereich, beim Verkehr, der Wirtschaft und der Energieerzeugung drastische CO₂-Einsparungen erreicht werden. Eine grüne Stadt ist auch immer eine Stadt der kurzen Wege.

Wir GRÜNE wollen die weitere bauliche Entwicklung Dresdens auf Flächen innerhalb des gegenwärtigen Siedlungsbereiches begrenzen. Durch die Zersiedlung von Randbereichen werden wichtige Grünbereiche zerstört, gewachsene Landschaftsstrukturen und Freiräume für Erholung und Sport, Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen verbaut sowie zusätzlicher Verkehr erzeugt. Dresden verfügt über ein hohes Potential an bebaubaren Brachflächen. Diese können den Großteil des zu erwartenden Baulandbedarfes der nächsten Jahrzehnte decken. Wir wollen sie preiswert erschließen und effektiv für neues Wohnen, gesundes Wirtschaften und Kultur nutzen, anstatt weiter Flächen auf der „grünen Wiese“ oder im Überflutungsgebiet zu versiegeln.

Wir GRÜNE wollen vorrangig die Innenstadt und Stadtteile im Bestand stärken und schonend weiterentwickeln. Menschen mit verschiedenen sozialen und familiären Hintergründen, höheren und geringeren Einkommen sollen zusammenleben. Anstelle die Stadt weiter in Viertel für Arme oder Reiche, Alte oder Junge, Studierende oder Touristen zu unterteilen, wollen wir die einzelnen Stadtteile gezielt als Orte der sozialen Integration fördern. Nachteile können durch gezielte Investitionen in Bildungs-, Sozial- und Kulturangebote ausgeglichen werden.

Die Lebensqualität in den Wohngebieten wollen wir den Bedürfnissen aller Altersgruppen entsprechend verbessern. Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe an der städtischen Gesellschaft.

Die Stadt darf nicht länger als Preistreiber auf dem Grundstücksmarkt auftreten und muss Spekulationen mit Bauerwartungsland entgegenreten.

Wichtig sind uns GRÜNEN die Einbindung der Dresdner Stadtentwicklung in die regionale Planung und ein Interessenausgleich zwischen Stadt und Umlandgemeinden.

Die Ansiedlung weiteren, stadtteilunverträglichen großflächigen Einzelhandels lehnen wir GRÜNE ab.

Kulturdenkmäler sind nicht nur wichtig für den Tourismus. Sie haben auch eine herausragende Bedeutung für die Identität der Einwohnerinnen und Einwohner Dresdens.

Dresden ist dabei mehr als eine größtenteils rekonstruierte Barockstadt. Wir GRÜNE treten für einen starken Denkmalschutz in all seinen Aspekten ein. Dazu gehören auch die schützenswerten Zeugnisse der industriellen und verkehrlichen Entwicklung sowie der Baukultur nach dem II. Weltkrieg. Weniger finanzstarken, dafür aber tatkräftigen und ideenreichen Initiativen wollen wir Zeit zur Realisierung ihrer Pläne zum Erhalt von Gebäuden geben.

Anspruchsvolle Neubauten können dem kulturellen Erbe gute, neue Akzente hinzufügen.

Wir fordern kurzfristig einen Beirat für Baukultur, der die Stadt in wichtigen Fragen berät und in Verbindung mit engagierten Fachleuten und der Bürgerschaft die gestalterische Qualität neuer Gebäude und Ensembles sichert.

GRÜNES Bauen bedeutet, über die Einhaltung gesetzlicher Normen hinaus, die Energiegewinnung in und an Gebäuden auszubauen, Bepflanzungen verschiedenster Art einzusetzen und unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte produzierte Baustoffe zu verwenden. Die Landeshauptstadt Dresden muss diesbezüglich ihre Vorbildfunktion als öffentliche Bauherrin wahrnehmen.

Zur Sicherung von Naturräumen und Klimaschneisen muss die städtische Landschaftsplanung mit einem konkreten Maßnahmenkonzept untersetzt werden. Wir setzen uns für eine Tolerierung und Unterstützung von Bürger-, Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten und Urbaner Landwirtschaft inklusive Imkerei ein.

Innenstadt verdichten, aufwerten und begrünen

Das vom Dresdner Stadtrat beschlossene „Planungsleitbild Innenstadt“ muss konsequent als Planungsgrundlage genutzt werden.

Die Große Meißner Straße in der Inneren Neustadt wollen wir verkehrsberuhigen und gleichzeitig die Augustusbrücke für den Autoverkehr sperren. Dadurch soll eine zusammenhängende Fußgängerzone vom Gomondaiplatz/Albertplatz bis zum Hauptbahnhof entstehen, die Alt- und Neustadt verbindet. Zusätzlich wollen wir in den Sommermonaten den Theaterplatz durch die Sperrung der Zufahrten vom Terrassenufer für den alltäglichen Autoverkehr verkehrsberuhigen, um seine Attraktivität für öffentliche und kulturelle Nutzungen zu ermöglichen. Angesichts des schon jetzt unvermeidlichen Klimawandels werden wir GRÜNE uns für mehr große, schattenspendende Bäume (z. B. am Postplatz) und Grünanlagen in der Innenstadt und in allen Stadtteilen stark machen, um auch im Sommer ein erträgliches Stadtklima zu sichern.

Wir schlagen vor, die Wilsdruffer Straße als öffentliche Ausstellungsfläche für Kunstobjekte im öffentlichen Raum zu gestalten und mit Bänken aufzuwerten. Diese Straße wollen wir, wie auch den Promenadenring, zum lebendigen Stadtboulevard entwickeln.

Wir wollen mit der baulichen Entwicklung der Wilsdruffer Vorstadt, der Friedrichstadt, Cottas und Teilen Plauens neue Impulse für bezahlbares Wohnen und Gewerbe ermöglichen. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei die von uns GRÜNEN durchgesetzte Entwicklung der Brache am ehemaligen Heizkraftwerk Mitte zum Zentrum für Theater, Kunst und Kreativwirtschaft ein.

Wir GRÜNE wollen, dass die Stadt den vorhandenen Masterplan Leipziger Vorstadt als Modellprojekt für eine klimaneutrale Stadtentwicklung fortschreibt. Eine Bebauung in Überschwemmungsgebieten lehnen wir ab. Für das Plangebiet der „Hafencity“ südlich der Leipziger Straße wollen wir statt einer Bebauung eine naturnahe Gestaltung und Entsiegelung der Fläche erreichen und schlagen vor, dass sich das Gebiet naturnah entwickeln kann.

Für die notwendige Erweiterung des Campus der TU Dresden fordern

wir einen intensiven Bürgerdialog und eine stärkere Einbeziehung der bereits vorhandenen Standorte in das Entwicklungskonzept. Dabei werden wir auf die Sicherung der ökologisch wichtigen Kaltluftschneisen im Dresdner Süden achten.

Wohnen darf kein Luxus werden

Jede Bewohnerin und jeder Bewohner der Stadt hat das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum. Dafür müssen die Mieten erschwinglich bleiben. Wohnraum wird aber in Dresden immer knapper und teurer. Durch Zuzug und gestiegene Geburtenraten brauchen wir mehr Wohnraum als gegenwärtig neu gebaut oder durch Sanierung erschlossen wird.

Zunehmend macht sich der Mangel an bezahlbaren Wohnungen besonders für Einkommensschwache, junge Menschen, Familien sowie Studierende, Ältere und Menschen mit Behinderungen bemerkbar.

Wir GRÜNE wollen mit allen Mieterinnen und Mietern, Eigentümerinnen und Eigentümern, mit Verbänden, Initiativen, Wohnungsgenossenschaften und Vereinen daran arbeiten, die soziale und klimapolitische Dimension der Wohnungsfrage zu lösen. Deshalb werden wir ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz Dresden“ ins Leben rufen.

Statt teuren Wohnraum durch höhere Sozialleistungen mitzufinanzieren (z. B. bei den Kosten der Unterkunft), muss in den Erhalt und die Schaffung preiswerten Wohnraums investiert werden. Flächen, die für den Wohnungsbau geeignet sind, müssen gezielt durch die öffentliche Hand erworben werden.

Grundsätzlich wollen wir 10 Prozent der stadteigenen Wohnbauflächen für die Nutzungsformen der Baugemeinschaft und stadtteilorientierter Genossenschaften vorhalten. Mieterinnen und Mietern wollen wir bei dem Kauf ihres Miethauses aus städtischen Vermögen ein Vorkaufsrecht einräumen.

Langfristig und schrittweise wollen wir GRÜNE ein städtisches Wohnvermögen aufbauen, um als Stadt wohnungspolitische Akzente in verschiedenen Stadtteilen zu setzen und damit auch sozialen Fehlentwicklungen entgegenwirken. Dies gilt insbesondere für die Schaffung barrierefreien Wohnraums. Dazu muss die Stadt ihre noch vorhandenen Liegenschaften und das Wohnvermögen in den Sanierungsgebieten einsetzen. Es wird aber auch erforderlich sein, dafür Haushaltsmittel bereitzustellen, z. B. die GAGFAH-Entschädigungszahlungen für deren Verstöße gegen die Sozialcharta. Die städtische STESAD könnte diese Aufgabe übernehmen.

Wir wollen, dass die Landeshauptstadt Dresden sich bei der sächsischen Staatsregierung für Obergrenzen bei der Bestandsmieterhöhung innerhalb von drei Jahren auf maximal 15 Prozent per Rechtsverordnung einsetzt. Bei der Entwicklung der Hochschulstandorte müssen umfangreiche Investitionen für die Schaffung studentengerechter Wohnungen vorgesehen werden.

Kinderfreundliche Freiraumgestaltung muss zur Planungsgrundlage werden. Modellprojekte für autofreies Wohnen werden wir besonders unterstützen.

Mobilität für alle – klimaschonend, stadtverträglich, bezahlbar für alle

Wir wollen Mobilität für alle: barrierefrei, bezahlbar, umweltverträglich und sicher. Das setzt eine Abkehr von der auf den Autoverkehr konzentrierten Politik der letzten Jahrzehnte voraus. Nachhaltige Mobilität setzt Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs, des Radfahrens und des Zufußgehens und verknüpft verschiedene Verkehrsträger intelligent. So ermöglichen wir die Teilhabe Aller an Mobilität und reduzieren Lärm, Luftschadstoffe und den Flächenverbrauch.

Wir setzen uns für fußgängerfreundliche Ampeln mit kurzen Wartezeiten und den weitgehenden Verzicht auf Anforderungsschalter ein. Wir haben im Haushalt 2013/2014 die in vergangenen Jahren völlig unzureichenden Mittel für die Gehwegsanierung versiebenfacht und wollen auch künftig mindestens zwei Millionen Euro jährlich für Neubau und Sanierung einsetzen. Durch das Verbreitern von Fußwegen an Kreuzungen, zusätzliche Querungshilfen – z.B. Mittelinseln, Zebrastreifen – und flächendeckende Tempo-30-Zonen in Wohngebieten erhöhen wir die Verkehrssicherheit spürbar. Wo die Tempo-30-Regelung häufig missachtet wird, sind straßenbauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durchzuführen.

Radfahren hat in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich der Fahrradanteil am Dresdner Verkehrsaufkommen in fünf Jahren auf 25 Prozent steigert. Dazu muss das von uns GRÜNEN initiierte Radverkehrskonzept umgesetzt werden. Die bestehenden Lücken im Netz – wie beispielsweise zwischen Universitätscampus und der Neustadt und beidseitig auf dem Elberadweg – müssen zügig geschlossen werden.

Die Mittel für die Förderung des Radverkehrs wollen wir deutlich erhöhen, um auch Radrouten besser auszuschildern, die Sicherheit des Schülerradverkehrs zu verbessern und zusätzliche Abstellanlagen zu schaffen. Fahrräder gehören für uns auf die Fahrbahn. Die sicherste und kostengünstigste Lösung sind markierte Radstreifen. Auf Radwegen mit Bordsteinen kommt es dagegen deutlich häufiger zu schweren Unfällen, weil Autofahrerinnen und Autofahrer Radfahrende übersehen. Auch für Fußgängerinnen und Fußgänger sind gemeinsame Wege mit dem viel schnelleren Radverkehr nicht sicher und angenehm. Wir wollen die Einstufung geeigneter Straßen als „Fahrradstraße“. Fahrbahnbelag, Straßeneinmündungen, Bordsteine und Grundstückszufahrten sind fahrradfreundlich zu gestalten.

An den beiden Dresdner Fernbahnhöfen fehlen sichtbar Fahrradstellplätze. Abhilfe sollen jeweils Fahrradstationen bieten, bei denen Räder sicher abgestellt und ausgeliehen werden können sowie Service rund ums Rad angeboten wird. Sie sollen Ausgangspunkt für die schrittweise Einführung eines stadtweiten Radverleihsystems werden.

Die wichtigsten Radverkehrsstrecken sind in den Winterdienst der Stadtverwaltung einzubeziehen. Andernorts ist der Winterdienst so durchzuführen, dass der Radverkehr nicht benachteiligt wird. Der Arbeitsbereich der/des Radverkehrsverantwortlichen in der Stadtverwaltung Dresden ist besser mit Personal und Sachmitteln auszustatten.

Straßenneubau in Dresden war gestern, jetzt muss die Sanierung der bestehenden Straßen im Vordergrund stehen. Die Königsbrücker Straße wollen wir bestandsnah und stadtverträglich sanieren. Der Verkehr von der Waldschlößchenbrücke darf nicht die Wohngebiete belasten. Den Ausbau der Wormser Straße/Spenerstraße lehnen wir daher ab. Die Sanierung des Blauen Wunders wollen wir voranbringen und den Bereich rund um Schillerplatz und Blaues Wunder fußgänger- und fahrradfreundlicher gestalten. Parkplatzbau unterhalb des Blauen Wunders lehnen wir aus Natur- und Denkmalschutzgründen grundsätzlich ab.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr ist das Rückgrat eines funktionsfähigen städtischen Verkehrssystems. Auch im Interesse der zukünftigen Entwicklung des Universitätsstandorts machen wir uns für das Stadtbahnprojekt Löbtau-Strehlen stark und werden eine erneute Beantragung von Fördermitteln für das Stadtbahnprojekt Johannstadt-Plauen unterstützen. Wir haben uns von Anfang an für die Zentralhaltestelle und den Boulevard Kesselsdorfer Straße eingesetzt und die Finanzierung im Haushalt sichern können.

Die Busflotte der Dresdner Verkehrsbetriebe wollen wir schrittweise auf umweltfreundliche Antriebssysteme umrüsten. Die städtischen Park- und die Stellplatzablösegebühren wollen wir überwiegend für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs nutzen.

Damit auch einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger Bahn und Bus nutzen können, wollen wir – solange es keine Maßnahmen des Freistaats gibt – ein Mobilitätsticket (Sozialticket) einführen, das monatlich nicht mehr als 25 Euro kosten soll. Die bisherige bürokratische Schülerbeförderungsregelung wollen wir abschaffen und durch ein ganzjährig nutzbares Schülerticket ersetzen, mit dem Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihren Eltern mobil sind. Die Kosten für dieses Ticket werden sich in der Höhe des bisherigen Eigenanteils der Eltern bewegen.

Den 15minütigen Takt der S-Bahn - nach erfolgtem Ausbau 2016 - wollen wir langfristig auf einen 10-Minuten-Takt im Elbtal verdichten. Wir treten für den schrittweisen Ausbau eines gut vertakteten Nachtverkehrssystems zwischen S-Bahn und Bus/Straßenbahn in der Region ein. Bischofsplatz, Olbrichtplatz, Richard-Strauss-Platz und die Nosseener Brücke sollen neue S-Bahn-Haltepunkte erhalten.

Die Haltestellen des Regionalverkehrs auf der Bayrischen Straße wollen wir mit kundenfreundlichen Wartebereichen für die Nutzerinnen und Nutzer bequemer gestalten. Ebenso wollen wir in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof die Haltestellen für die Fernbusse anordnen.

Statt ein eigenes Auto zu besitzen, entscheiden sich in Dresden immer mehr Menschen dafür, Autos gemeinsam zu nutzen. Wir unterstützen Carsharing und wollen wichtige Haltestellen des Nahverkehrs zu Mobilitätsstationen ausbauen, an denen Carsharing-Fahrzeuge und Fahrräder (Bikesharing) gemietet werden können.

Zusammen mit Taxi-Standplätzen werden so die Verkehrsmittel des Umweltverbundes intelligent vernetzt. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass Dresden eine Vorreiterrolle in der Elektromobilität und in der Errichtung von Ökostromtankstellen einnimmt. Im städtischen Fuhrpark wollen wir Energieverbrauch und Immissionen durch Einsatz von Diensträdern, Carsharing und modernen Kraftfahrzeugen deutlich senken.

Gesundheitsschutz durch weniger Lärm und Abgase

Lärm nervt nicht nur, Lärm kann krank machen. Über 80 Prozent der Dresdnerinnen und Dresdner fühlen sich durch Straßenlärm beeinträchtigt. Mehr als 130.000 Menschen sind nachts potenziell gesundheitsschädlichen Lärmbelastungen ausgesetzt.

Wir setzen uns daher für eine rasche Lärmsanierung von Straßen ein. Insbesondere bei der Gerokstraße, der Loschwitz/Blasewitzer Straße und der Stauffenbergallee besteht dringender Handlungsbedarf. Kinderspielplätze müssen vor Lärm von Hauptverkehrsstraßen geschützt werden. Wir wollen die zügige weitere Sanierung des Straßenbahnnetzes und technische Lärmreduzierung von Gleisen voranbringen.

In der Umgebung des Flughafens hat das von uns gemeinsam mit Bürgerinitiativen erkämpfte Nachtflugverbot zu einer Verbesserung der Lärmsituation geführt. Die Belastung durch Fluglärm muss jedoch weiterhin kritisch und öffentlich überprüft und gegebenenfalls durch weitere Maßnahmen reduziert werden.

Alle Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf Schutz vor Luftverschmutzung. Der Straßenverkehr verursacht nach wie vor einen erheblichen Schadstoffausstoß. In den letzten zehn Jahren sind die Belastungen durch Stickstoffdioxid und Feinstaub nicht gesunken. An zahlreichen Hauptverkehrsstraßen und Kreuzungen werden die gesundheitlich bedenklichen Grenzwerte an vielen Tagen im Jahr überschritten.

Damit hat die Dresdner Stadtverwaltung ihr Ziel, die Luftbelastung ohne Einführung einer verbindlichen Umweltzone allein durch selbstverpflichtende Maßnahmen der Wirtschaft (Jobtickets, Modernisierung der Nutzfahrzeugflotte, Auftragsvergabe, optimierte Logistik) zu senken, bisher nicht erreicht. Wir GRÜNE setzen uns für eine vollständige und konsequente Umsetzung der im Luftreinhalteplan 2011 aufgelisteten Maßnahmen ein. Im Jahr 2015 wollen wir anhand aktueller Messwerte deren Umsetzung und Wirksamkeit überprüfen. Sollte dann die Luftverschmutzung immer noch auf einem gesundheitsbelastenden Niveau stagnieren, wäre die Ausweisung einer Umweltzone unvermeidlich. Die Einführung einer solchen Umweltzone, in der bei kritischer Luftbelastung schadstoffreiche Fahrzeuge ausgesperrt bleiben, muss mit umfassender Bürgerbeteiligung verbunden werden. Die Einfahrverbote für den Lkw-Durchgangsverkehr in die Stadt wollen wir verstärkt kontrollieren lassen.

Um die Dresdner Lärmaktions- und Luftreinhaltepläne umzusetzen, wollen wir die dafür bereits eingestellten Haushaltsmittel deutlich erhöhen.

Biologische Vielfalt sichern

Eine dicht besiedelte Großstadt wie Dresden braucht Naturräume und Freiflächen in ihrem Innern. Wir GRÜNE setzen uns für den Erhalt von Naturschutz- und Freiflächen ein. Den permanenten Versuchen von CDU und FDP, Schutzgebiete aufzulösen, treten wir entschieden entgegen. Wir wollen neue Naturschutzgebiete wie z. B. die „Seifenbachaue“ ausweisen und Landschaftsschutzgebiete wie das LSG Elbtal und Elbwiesen oder die Dresdner Heide müssen erhalten bleiben. Auch in unseren kommunalen Wäldern wollen wir Flächen als Totalschutzflächen ausweisen. Wir setzen uns für den Erwerb weiterer wertvoller Flächen zu Naturschutzzwecken ein. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und den vielen Umweltinitiativen und -verbänden wollen wir verbessern und intensivieren.

Für die Bodenversiegelung im Innenstadtbereich müssen Ausgleichsflächen geschaffen werden. Stellplätze sollten so wenig wie nötig ausgewiesen und flächensparend gebaut werden.

Bei kommunalen Vorhaben setzen wir uns dafür ein, dass eine Versickerung des Regenwassers komplett auf dem jeweiligen Gelände möglich wird. Dachflächen sind weitestgehend zu begrünen. Eigenständige Straßenbahn-Gleisbetten sind bei Neubau und Sanierung grundsätzlich als Rasengleis zu gestalten.

Der Ausgleich für unvermeidbare Versiegelung muss so ortsnahe wie möglich erfolgen. Wir wollen, dass die Verwendung der Ausgleichsgelder zum Flächenankauf für Naturschutzzwecke bzw. zur Bewirtschaftung und Aufwertung von bereits bestehenden Naturschutzflächen transparent dargelegt wird.

Zur Erhöhung des Biotopwertes wollen wir Grünanlagen naturschonend pflegen und die Verwendung einheimischer Pflanzenarten forcieren. Baumpatenschaften, das Aufstellen von Pflanzkästen und andere Formen des Bürgerengagements für Pflanzmaßnahmen im öffentlichen Raum sind unbürokratisch zu fördern.

Wir GRÜNE wollen erreichen, dass die Stadt auf den Schutz der Gehölze und Altbäume in vorbildlicher Art und Weise achtet – insbesondere bei ihren eigenen Vorhaben. Zur Neuanpflanzung von öffentlichem Grün müssen regelmäßig ausreichende Mittel in den Stadthaushalt eingestellt werden.

Wir wollen die ökologischen Defizite im Stadtbereich auch dadurch ausgleichen, dass Teile des Stadtwaldes sich ohne forstwirtschaftliche Nutzung als natürliches Biotop entwickeln können. Kiesabbau in Söbriken am Rande der Pillnitzer Kulturlandschaft lehnen wir aus ökologischen und landschaftskulturellen Gründen ab.

Wir streben eine maximale Vernetzung der geschützten Biotope und Landschaften an. Wir wollen die Gewässer mit ihren Uferzonen und Auen bewahren. Wir wollen die gefährdeten und seltenen Arten, wie z.B. das Rebhuhn oder das Schwarzkehlchen mit speziellen Aktionsplänen schützen.

Die stetige Förderung bürgerschaftlicher Initiativen und Angebote zur Bildung und Förderung umweltfreundlichen Verhaltens durch die Stadt ist uns wichtig.

Nachhaltiger Hochwasserschutz für Dresden

Die Hochwasserkatastrophen von 2002, 2006 und 2013 haben gezeigt, dass der Klimawandel auch bei uns in Dresden ankommt. Die Wahrscheinlichkeit solcher Ereignisse nimmt zu.

In den letzten Jahren wurde viel in den technischen Hochwasserschutz investiert. Dresden ist hier im Vergleich zu anderen Kommunen gut ausgestattet. Allerdings muss der Hochwasserschutz neben technisch abwehrenden Maßnahmen vor allem auch Flächenvorsorge betreiben. Flüsse brauchen Raum! Fluss- und Abflussbarrieren sind Fehler in der Siedlungspolitik und müssen so weit wie möglich korrigiert werden.

Überschwemmungsflächen und Einschränkung der Neuversiegelung sind dabei entscheidend. In Überschwemmungsgebieten darf es grundsätzlich keine weitere Neubebauung geben. Verlust von verlorengegangenem Hochwasserrückhalteraum muss vollumfänglich und zeitnah ausgeglichen werden. Dazu braucht es ein Flächen- und Maßnahmenkataster sowie Nutzungskonzepte für unbebaute Grundstücke im städtischen Eigentum, die sich in rechtlich festgesetzten Überschwemmungsgebieten befinden.

Bei technischen Hochwasserschutzmaßnahmen ist im Vorfeld die Bevölkerung nach dem Vorbild des Beteiligungsprozesses „Leben mit dem Fluss“ in Laubegast breit einzubeziehen. Für Laubegast sind Landschaftsschutz und stadträumliche Ästhetik bei einer technischen Hochwasserschutzanlage besonders zu beachten sowie der stationäre Anteil der Schutzanlagen zu begrenzen und ggf. mit mobilen Elementen aufzustocken. Der alte Elbarm soll als Wasserrückhalteraum genutzt werden.

Daneben sind Unterstützung von Hochwassereigenvorsorge und Freiwilligenmanagement essentiell. Hierfür fordern wir einen Fonds von 100.000 Euro.

B. DRESDEN BEWEGEN – MIT EINER NACHHALTIGEN ENERGIE-, WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Stadtpolitik. Bund und Land sind in der Verantwortung, die chronische Unterfinanzierung der Gemeinden zu beenden. Trotzdem haben die Kommunen eine eigene Verantwortung für eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik. Unser Credo lautet: „Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben.“

Energiewende mit Bürgerschaft und Wirtschaft

Wir GRÜNE wollen die Energiewende mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft gemeinsam gestalten. Von unserem Konzept einer sicheren Energieversorgung, erhöhter Wertschöpfung und langfristig bezahlbarer Energiepreise profitiert die gesamte Region. GRÜNES Ziel ist die vollständige Bereitstellung des Stroms aus erneuerbaren Energien bis 2030. Die DREWAG wollen wir zu einem Motor der Energiewende entwickeln – als Initiator oder Betreiber von neuen Windparks, Photovoltaik- oder Biomasseanlagen, Energiespeichern und Dienstleistungen zur Energieeinsparung.

Wir GRÜNE wollen ferner einen Erneuerbare-Energien-Verbund Dresdens und der Region (Landkreise Meißen, Bautzen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Görlitz). Wir werden darauf hinwirken, dass die Stadt Dresden als Eigentümer der DREWAG und Hauptgesellschafter der ENSO mit den ostsächsischen Landkreisen zusammenarbeitet.

Wir setzen uns für eine von Unternehmen und städtischen Ämtern unabhängige kommunale Energie-Agentur ein. Sie soll alle Maßnahmen der Stadt zur Energieeinsparung und zum Ausbau erneuerbarer Energien koordinieren. Zudem berät sie Bürgerinnen und Bürger über Investitionsmöglichkeiten und bei der Planung von Projekten zur Energieeinsparung.

Wir GRÜNE wollen die Bereitschaft vieler Menschen zum finanziellen Engagement in erneuerbaren Energien nutzen und fördern. Besonders geeignet sind Kleinprojekte, z. B. Photovoltaikanlagen. Aber auch bei größeren Investitionen und dem Netzausbau wollen wir Investitionsengagement von Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen. Dazu kann die DREWAG für eigene Projekte Bürgerdarlehen aufnehmen, eine Energiegenossenschaft gründen oder Projektanteile an eine Energiegenossenschaft abgeben bzw. eine bürgerschaftlich organisierte Energiegenossenschaft in geeigneter Weise unterstützen.

Das Hauptpotenzial Dresdens für erneuerbare Energien liegt auf den Dächern der Stadt. Etwa 50 Prozent der Dachflächen Dresdens sind laut Solarkataster sehr gut für die Erzeugung von Strom oder Wärme aus Sonnenstrahlung geeignet. Unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes und ästhetischer Aspekte lassen sich damit mindestens 15 Prozent des Dresdner Strombedarfs decken.

Wir GRÜNE regen daher einen Solardächer-Aktionsplan an, mit dem die Stadt private Haushalte, Wohnungsbaugesellschaften und Gewerbebetriebe gezielt anspricht und bei der Planung und Installation von Photovoltaik- und solarthermischen Anlagen unterstützt. Die Stadt soll bis 2020 alle städtischen Gebäude mit Photovoltaik-Anlagen ausrüsten.

Das Potenzial Dresdens für Windenergie ist begrenzt. Dennoch gibt es in Randlagen der Stadt und an den Autobahnen Standorte, die für Windkraftanlagen gut geeignet sind, ohne das Stadt- und Landschaftsbild zu stören oder den Wohnwert zu beeinträchtigen. Wir wollen daher dafür sorgen, dass im Regionalplan Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Randlagen des Stadtgebietes ausgewiesen werden. Auf diese Weise könnten etwa zehn bis fünfzehn Hochleistungswindräder verteilt auf mehrere Standorte errichtet werden. Sie könnten bis zu 30.000 Dresdner Haushalte mit Strom versorgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass in den nächsten fünf Jahren an geeigneten Dresdner Standorten Biogasanlagen gebaut werden. Dort sollen überwiegend Reststoffe aus Haushalten, der Landwirtschaft, dem Gartenbau und der städtischen Grünflächenpflege sowie der Lebensmittelverarbeitung und der städtischen Kläranlage verwertet werden. Das Biogas kann in dezentrale Blockheizkraftwerke und das Heizkraftwerk Nossener Brücke oder das Gasnetz eingespeist werden.

Das größte Potenzial Dresdens zur Energieeinsparung liegt in der Gebäudewärme. Wir werden darauf hinwirken, dass die Stadt Dresden ein Programm zur energetischen Sanierung und Optimierung aller städtischen und von ihr angemieteten Immobilien entwickelt. Ziel ist es, bis 2025 alle Gebäude technologieoffen auf einen Energieverbrauch zu bringen, der dem Niedrigenergiehausstandard entspricht. Neubauten sind, wenn irgend möglich, nach Passivhausstandard oder einem vergleichbar niedrigen Energiebedarf zu errichten. Investitionen in energetische Sanierung zahlen sich finanziell rasch aus. Wir wollen dazu auch moderne Finanzierungsinstrumente wie das Contracting (externe Vorfinanzierung) nutzen.

Wir unterstützen den Ausbau des Dresdner Fernwärmenetzes als effiziente Wärmeversorgungsform. Dabei muss der weitere Ausbau eine dezentrale Einspeisung durch lokale Blockheizkraftwerke ermöglichen und darf der energetischen Sanierung zur Einsparung von Wärmeenergie nicht entgegenstehen.

Wirtschaft – Dresdens Potenziale nutzen

Dresdens wirtschaftliche Potenziale, gespeist aus Hochtechnologie, Handel, Handwerk, Dienstleistung und Kreativwirtschaft, sind enorm. Vor allem die Zukunftsbranchen profitieren von der wachsenden Bedeutung der TU und deren Status als Exzellenzuniversität. Gut ausgebildete Menschen sind das wichtigste Potenzial einer erfolgversprechenden Standortpolitik. Wir verstehen uns als Partner der Wirtschaft und als Motor für eine serviceorientierte Verwaltung, die Freiräume für unternehmerische Kreativität schafft. Wirtschaftsförderung ist Teil der Stadtentwicklung. Die gezielte Ansiedelung von Zukunftsindustrien, die auf Nachhaltigkeit setzen, ist ein zentrales Ziel GRÜNER Wirtschaftspolitik. Die Energiewende stellt auch eine kommunale Herausforderung mit erheblichen Arbeitsmarktimpulsen für die regionale Wirtschaft, vor allem für das Handwerk, dar.

Bildungseinrichtungen und Forschung als Schlüsselfaktor nutzen

Drohender Fachkräftemangel lässt sich nur mit einer aktiven Bildungspolitik verhindern. Hochschule und Berufsausbildung im Dualen System von Wirtschaft und Öffentlicher Hand sind die zentralen Instrumente. Wir wollen, dass die Stadt um Studierende, junge und renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wirbt und gezielt Ansiedlung und Ausbau von Forschungseinrichtungen fördert. Die Geistes- und Humanwissenschaften sind uns dabei ebenso wichtig wie die technischen Berufe. Dresden als Stadt der Wissenschaft ist auch ein attraktiver Veranstaltungsort für Messen und Kongresse.

Existenzgründung, Selbständigkeit und Unternehmensansiedlungen besser unterstützen

Wir fordern eine bessere Unterstützung von Gründerinnen und Gründern und Start-ups durch die Stadt Dresden aus einer Hand und bis zur Etablierung des jeweiligen Unternehmens am Markt (Gründungsberatung mit Lotsenfunktion durch die Stadtverwaltung). Den Wirtschaftsservice sehen wir als Anfang. Maßstab für die Qualität von Dienstleistungen der Stadtverwaltung ist für uns nicht der Umgang mit prominenten, lobbystarken Großunternehmen, sondern der mit mittelständischen Firmen oder Kleinunternehmen. Mikrokreditprogramme für Unternehmensgründungen sind ein geeignetes Mittel, innovative Ideen in wirtschaftliches Handeln umzusetzen. Zur An- und Umsiedlung von Unternehmen braucht Dresden keine weiteren teuren Gewerbegebiete auf der „grünen Wiese“. Stattdessen müssen die Chancen der vorhandenen Branchen besser genutzt und erschlossen werden. Wir wollen hierfür auch eine Ausweitung der städtischen Dienstleistungsangebote (Gewerbehöfe, Technologiezentrum) und eine bessere Vernetzung in der Region, z. B. nach Freital.

Vernetzung in der Region und Beziehungen zu unseren Nachbarländern verbessern

Wir GRÜNE treten dafür ein, dass sich Dresden stärker als bisher um die Ansiedlung europäischer Institutionen bemüht, sich als ein Zentrum im Wirtschaftsraum „Wrocław–Praha–Dresden“ versteht und sich besonders für Vernetzung im Wissenschafts-, Messe- und Kongress-Sektor einsetzt. So erschließen sich für hiesige Unternehmen neue Chancen wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Zusammenarbeit. Parallel dazu soll sich Dresden wieder im Metropolenverbund mit Leipzig, Chemnitz und den wichtigen Städten aus Thüringen und Sachsen-Anhalt engagieren. Der von FDP und CDU in der Stadtspitze 2013 betriebene Austritt aus der Metropolregion ist peinlich und schwächt die Chancen Dresdens, aus einem gemeinsamen und starken Auftreten einer Region (z. B. bei Verkehrsprojekten) zu profitieren.

Wir wollen nicht, dass sich Dresden mit seinen Nachbarkommunen in einen Wettbewerb um die geringsten Konditionen für Unternehmensansiedlungen begibt. Den Ausbau von Einzelhandelseinrichtungen am Stadtrand, der ein weiteres Ausbluten der Umland-gemeinden zur Folge hat (Beispiel Elbepark), lehnen wir ab. Stattdessen präferieren wir eine gemeinsame Stadt-Umland-Entwicklung zur gegenseitigen wirtschaftlichen Stärkung.

Touristische Entwicklung muss nachhaltig sein

Durch ein regionales und nachhaltiges Tourismuskonzept wollen wir die Anzahl der Gäste sowie ihre Aufenthaltsdauer vergrößern. Dresden als Stadt in der Elbkulturlandschaft mit seiner Vielfalt an Stadtteilen und Baustilen hat hierzu beste, bei weitem aber noch nicht erschlossene Potenziale. Wir setzen auch auf jüngere Touristinnen und Touristen, die mit Rad, Bus und Bahn anreisen und neben vielfältigen Kulturangeboten z. B. auch die Kreativ-, Musik- und Clubszene in den Stadtteilen auf der Neustädter Elbseite schätzen. Hierfür soll die Stadt gezielt werben. Eine billige Event-Kultur entspricht nicht dem Image der Stadt. Wir fordern ein multimediales, touristisches und vor allem mehrsprachiges Leitsystem – ganz besonders mit Blick auf die internationalen Gäste.

Kultur- und Kreativwirtschaft als Potenzial besser fördern

Die Potenziale der wachsenden Kultur- und Kreativwirtschaft müssen endlich erkannt und durch die städtische Wirtschaftsförderung gezielt unterstützt werden. Immerhin gibt es hier derzeit bereits in Sparten wie Musik, Verlagen und Bildender Kunst ca. 2.000 Unternehmen mit ca. 12.000 Menschen in sozialversicherten Beschäftigungsverhältnissen. Hierzu muss die Stadt in einer konzertierten Wirtschafts-, Liegenschafts- und Kulturpolitik besonderes Augenmerk auf niedrigschwellige Förderung sowie geeignete Raum- und Mietangebote auch aus städtischen Räumen legen. Die Entwicklung des Standortes Kraftwerk Mitte auch für die Kreativwirtschaft muss bis 2017 gelingen.

Kleinteiligen Einzelhandel erhalten und fördern

Dresden verfügt bereits jetzt im Bundesvergleich über ein überdurchschnittlich hohes Angebot an Einzelhandelsflächen. Dem steht keine adäquate Kaufkraft der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Gäste gegenüber. Weitere großflächige Ansiedlungen in und um die Innenstadt sowie in den Stadtteilzentren, wie z. B. die geplante GLOBUS-Ansiedlung am Leipziger Bahnhof, lehnen wir ab. Solche Planungen stehen in krassem Widerspruch zum vom Stadtrat beschlossenen Zentrenkonzept. Deshalb wollen wir den Einzelhandel und die inhabergeführten Geschäfte in den Stadtteilzentren und in der Innenstadt stärken.

Globaldenken – Regional handeln

Wir GRÜNE setzen uns für die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten ein. So entstehen stabile, ökonomisch nachhaltige Strukturen, die Ressourcen schonen, Arbeitsplätze sichern und die Region voranbringen. Unternehmen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, regionale Wirtschaftskreisläufe zu nutzen und nachhaltig zu wirtschaften, verdienen die besondere Unterstützung der Landeshauptstadt. Wir wollen, dass Dresden Fair-Trade-Stadt wird.

Wir wollen deshalb das Kooperationsprojekt ÖKOPROFIT zwischen der Stadt Dresden und der örtlichen Wirtschaft zur Ressourcenschonung ausbauen und eine transparente Umweltberichterstattung fördern.

Für öffentliche Beschaffungen und Vergaben soll nicht der billigste Anbieter zum Zuge kommen, sondern es müssen bei Produkten Tarifbindungen, Lebenszyklusberechnungen und gesellschaftliche Folgekosten berücksichtigt werden. Menschenrechts- und Gerechtigkeitsgrundsätze müssen ebenso beachtet werden. Ausschreibungsmodalitäten sind so zu gestalten, dass ortsansässige Unternehmen gute Chancen bei der Auftragsvergabe haben.

Abfall- und Recyclingwirtschaft braucht Impulse

Dresdens Abfall- und Recyclingwirtschaftskonzept hat sich im wesentlichen bewährt. Bezüglich der Müllvermeidung und der sortengetrennten Wertstoffsammlung müssen die Beratungsangebote verbessert werden – speziell im Hinblick auf die so wichtige Wiederverwertung wertvoller Rohstoffe (z. B. in elektronischen Geräten) fordern wir bessere Hinweise auf die Wertstoffhöfe der Stadt (z. B. durch Aufkleber an allen Müllsammelcontainern). Für Lampen und Kleingeräte (z. B. Handys) sollten wohnortnahe Sammelstellen eingerichtet werden. Bei Biomüll und Grünabfällen setzen wir uns für die konsequente stoffliche Verwertung (Vergärung, Kompostierung) oder energetische Verwertung in modernen Biogasanlagen ein.

Die Stadt Dresden soll als Bestandteil ihres Abfallwirtschaftskonzepts die Zusammenarbeit mit solchen bürgerschaftlichen Initiativen suchen und fördern, die auf Wiederverwertung, Tausch und Reparatur ausgerichtet sind.

Wir GRÜNE unterstützen die begonnene energetische Verwertung des Klärschlammes in der Kläranlage Kaditz durch die Erzeugung von Biogas und fordern deren weiteren Ausbau, um viele Dresdner Haushalte mit so gewonnenem grünen Strom und grüner Wärme zu versorgen.

Die Entleerungszyklen mit den Entsorgern, besonders beim Papier, müssen so vereinbart werden, dass es nicht zur Vermüllung der Sammelstationen kommt.

Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau gehören zu Dresden

Wir wollen, dass Dresden mit seiner gewachsenen Kulturlandschaft und der Einbettung ins Elbtal weiterhin eine Stadt des Wein- und Gartenbaus bleibt und besonders ertragreiche Böden vor Bebauung geschützt werden. Dabei setzen wir uns für kleinteilige Erzeugerstrukturen ein und wollen lokale Erzeugerinnen und Erzeuger durch ein Netz von Stadt- und Ortsteilmärkten bei der Direktvermarktung unterstützen. Den Anbau gentechnisch modifizierter Pflanzen sowie den derzeit auf den landwirtschaftlichen Flächen dominierenden Anbau von Monokulturen lehnen wir wegen der Nachteile für Natur und Landschaft ab.

Wir wollen kleingärtnerische Nutzungen erhalten und die Gärten nach Möglichkeit für öffentliche Wege und die allgemeine Erholung öffnen.

Für eine nachhaltige und zielorientierte Finanz- und Haushaltspolitik

Die Haushaltspolitik in Dresden war seit 1991 geprägt von Lobbyismus und Klientelorientierung. Wichtige Bereiche wie Bildung und Kultur wurden vernachlässigt zugunsten überdimensionierter Verkehrsprojekte. Viel zu wenig wurden die Folgekosten beachtet, die jetzt den Haushalt über Gebühr belasten.

Außerdem wurden die Mehrausgaben gegenüber den Einnahmen entweder durch Kredite finanziert oder durch das Abschmelzen von Rücklagen, die durch den Verkauf des städtischen Tafelsilbers (WoBa) geschaffen wurden. Die vermeintliche Schuldenfreiheit Dresdens (bei den städtischen Töchtern hat sich zwischenzeitlich ein Kreditvolumen in Milliardenhöhe angehäuft) lenkt davon ab, dass die Haushaltspolitik nicht nachhaltig ist und ihr ein Leitbild fehlt.

Wir GRÜNE haben mit dem Doppelhaushalt 2013/14 zum ersten Mal in Dresden einen Haushalt mit verhandelt und beschlossen. Er trägt eine GRÜNE Handschrift. Vorrang hatten erstmals die Investitionen in Bildung und Kultur – jahrzehntelang vernachlässigte Bereiche. Gleichzeitig haben wir uns konsequent dafür eingesetzt, dass Mehreinnahmen zu 50 Prozent als Rücklage für unerwartete Ausgaben verwendet werden. Wir GRÜNE haben damit bewiesen, dass nur mit uns eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik möglich ist.

Zu einer guten Haushaltspolitik ist es in Dresden noch ein weiter Weg. Zu dieser gehören Leitbilder, Nachhaltigkeit, Transparenz und Solidität. Deshalb wollen wir, dass sich die künftige Haushaltsplanung an strategischen Leitbildern und den zu erfüllenden großen Aufgaben orientiert, die auch mit der Bürgerschaft diskutiert werden müssen. Wir wollen im städtischen Haushalt die Wirkung öffentlicher Mittel prüfen, mit dem Ziel die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Geschlechter in ihren jeweiligen Lebenslagen besser zu berücksichtigen (Gender Budgeting). Verantwortungsbewusstes politisches Handeln bedarf der Berücksichtigung der eigenen Finanzkraft. Investitions- und Ausgabenentscheidungen haben sich daran zu orientieren, ob die Folgekosten aus den Einnahmen gedeckt werden können.

Wir wollen einen Haushalt, der auf realistischen Kostenansätzen und zeitlichen Abläufen für Investitionen beruht. Wir wollen Klarheit, welche Aufgaben erfüllt werden müssen. Wir wollen langfristige Ziele formulieren und festlegen, die eine Haushaltsstrategie bestimmen. Dazu müssen Stadtrat und Bürgerschaft frühzeitig einbezogen werden. Nur so kann ein solider Haushalt entstehen, ein Haushalt ohne falsche Versprechungen und Wahlgeschenke, ohne ständige Mehrausgaben oder große Ausgabereise. Der Stadtrat muss regelmäßig über den Kassenstand informiert sein. Alle Ausgaben müssen künftig auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Dazu müssen bei allen Entscheidungen die Folgekosten berechnet und beachtet sowie Einsparpotenziale geprüft werden. Die absehbaren Steigerungen bei den Energiekosten erfordern eine Gegensteuerung durch konsequente Nutzung aller Einsparpotenziale sowie das Bauen mit dem höchsten wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Energiesparstandard. Energieeinsparungen, die sich praktisch selbst finanzieren, müssen nicht aus Eigenmitteln finanziert werden.

Wir brauchen Veränderungen im Investitionsmanagement (Controlling und Umsetzung von Baumaßnahmen). Dazu gehört von Beginn an Klarheit über die Kosten und Folgekosten von Investitionen.

Auftretende Mehrausgaben für Pflichtaufgaben dürfen nur die Ausnahme, nicht die Regel sein. Mehrausgaben für Pflichtaufgaben müssen durch Rücklagen abgesichert werden.

Die Stadt Dresden muss auch ihre Einnahmen verbessern. Gerade aufgrund der sinkenden Solidarpaktmittel ist die Stärkung der eigenen Finanzkraft erforderlich. Konsequente Wirtschaftsförderung zukunftsfähiger Unternehmen (Industrie, Handwerk und Handel) sind dazu eine ebenso wichtige Voraussetzung wie die Stärkung der Wirtschaftskraft im Bereich des Tourismus und der Kreativwirtschaft. Alle kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten der Einnahmeverbesserung sind immer wieder zu überprüfen. Die Erhöhung der Grundsteuer ist aufgrund ihrer negativen Wirkungen auf den Wohnungsmarkt derzeit kein geeignetes Mittel. Die eingeführte Kurtaxe muss zu einer touristischen Abgabe weiterentwickelt werden. Den Verkauf oder Teilverkauf städtischer Unternehmen, deren Gewinne zur Querfinanzierung öffentlicher Aufgaben (z. B. ÖPNV) eingesetzt werden können, lehnen wir kategorisch ab (DREWAG, ENSO).

Wir GRÜNE sind strikt gegen eine Haushaltspolitik zu Lasten künftiger Generationen. Deshalb wird es mit uns keine Netto-Neuverschuldung geben.

Städtische Unternehmen

Städtische Unternehmen, ganz gleich ob sie als Eigenbetrieb oder als städtische Kapitalgesellschaft geführt werden, benötigen ein transparentes und demokratisch kontrolliertes Beteiligungsmanagement. Dazu gehört auch eine höhere Transparenz der Arbeit der Kontrollgremien. Diese sind nach fachlicher Qualifikation statt nach parteipolitischem Kalkül zu besetzen.

Frauen sind in der kommunalen Politik deutlich unterrepräsentiert. Diese Leerstelle zeigt sich auch in den kommunalen Dresdner Unternehmen, wo Frauen bei Aufsichtsräten deutlich in der Minderheit sind. Wir GRÜNE setzen uns für eine verbindliche Quote in Dresden ein, um den Anteil von Frauen in allen kommunalen Führungspositionen und kommunalen Aufsichtsräten zu erhöhen.

Querfinanzierungen notweniger kommunaler Aufgaben sind sinnvoll, müssen kontrolliert und dauerhaft überprüft werden. Das Ausgliedern städtischer Aufgaben in Gesellschaften zum Unterlaufen von Tarifbindungen lehnen wir GRÜNE ab. Die Stadt muss als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion einnehmen. Dazu gehört auch, dass Beschäftigungszeiten in städtischen Unternehmen gegenseitig angerechnet werden.

C. EINE STADT FÜR ALLE! – BILDUNG, SOZIALES, GESUNDHEIT

Bildung, Einkommen und Gesundheit sind die entscheidenden Faktoren für Teilhabe. Es ist deshalb Aufgabe GRÜNER Stadtpolitik, gleiche Lebenschancen zu ermöglichen und bestehende Benachteiligungen auszugleichen. Die Sicherung gleicher Bildungschancen ist dabei eine zentrale Aufgabe. GRÜNE Sozialpolitik geht vom Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwirklichungsrecht aller Menschen aus. Hilfen sind deshalb vorrangig Hilfen zur Selbsthilfe. Partizipation der Betroffenen, Unterstützung nachbarschaftlichen Engagements und Trägervielfalt bei den unterschiedlichen sozialen Angeboten sind die Eckpfeiler GRÜNER Sozialpolitik. In den Stadtteilen wollen wir generationenübergreifende Angebote in Stadtteilzentren ermöglichen.

Wir wollen die umfassende Barrierefreiheit bei Bestandsbauten und Neubauten von Kitas, Horten und Schulen sicherstellen. Der barrierefreie Zugang muss allen Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, Lernschwierigkeiten und Sinnesbeeinträchtigungen möglich sein.

Kitas für Alle!

Dresden ist und bleibt kinderreich. Für uns hat der bedarfsgerechte Kita-Ausbau höchste Priorität. Kitaplätze müssen wohnortnah bereit stehen, Betreuungszeiten müssen auf die Bedürfnisse von Eltern und Kindern abgestellt werden. Kitas sind für uns zuallererst Bildungseinrichtungen. Die Qualität der Betreuung ist uns besonders wichtig. Eine hohe pädagogische Kompetenz in den Kindertagesstätten ist dafür eine zentrale Voraussetzung. Interkulturelle Bildung ist für alle Kinder bereits in der Kita zu fordern.

Um dem Anspruch einer „Kita für alle Kinder“ gerecht zu werden, brauchen wir mehr inklusive Kitas. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass heilpädagogische Kitas eng mit anderen kooperieren.

Um den wachsenden Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern zu decken, müssen die Ausbildungskapazitäten erhöht werden. Wir schlagen deshalb vor, freiwerdende Berufsschulkapazitäten in den Umlandgemeinden für die Erzieher-/Erzieherinnenausbildung zur Verfügung zu stellen. Damit Dresden seinen Stellenbedarf an Erzieherinnen und Erziehern decken kann, müssen Stadt und freie Träger gemeinsam handeln. Wir werden gegenüber dem Freistaat darauf drängen, dass die Hochschulausbildungskapazitäten in Sachsen ausgebaut werden.

Hort garantieren – ohne Einschränkungen

Es gibt bis heute keinen Rechtsanspruch auf einen Hortplatz. Das kann Familien vor erhebliche Probleme stellen, wenn unerwartet mit Beginn der Grundschulzeit die Betreuung des Kindes ab Mittag nicht mehr gewährleistet wird. Hinzu kommt, dass für einen Hortplatz andere gesetzliche Grundlagen als für einen Schulplatz gelten. Das bedeutet, eine Grundschule ist für dieselbe Kinderzahl als Hort zu klein. Hier müssen Land und Kommune an einer gemeinsamen Lösung arbeiten.

Wir stellen Kinder und ihre Eltern in den Mittelpunkt und deshalb brauchen wir für jedes Kind einen Hortplatz dort, wo es auch zur Schule geht. Wir setzen uns dafür ein, dass die nötigen Raumkapazitäten in der Schule oder schulnah geschaffen werden. Bei Neubauten müssen Grundschule und Hort zusammen geplant werden und die notwendigen Mehraufwendungen durch das Land bereitgestellt werden.

Schulbau – die Herausforderung für die nächsten Jahre

Noch bis 2010 wurden in Dresden trotz steigender Geburtenzahlen Schulen geschlossen. Die Schulnetzplanung hinkte hinter der Bevölkerungsentwicklung her, Planungszeiträume waren zu lang und die zugrunde gelegten Bedarfszahlen schnell veraltet. Deshalb haben wir GRÜNE uns erfolgreich für die Veränderung des aktuellen Schulnetzplanes eingesetzt. Dadurch wurde deutlich, vor welcher großen Aufgabe Dresden steht. Mindestens 18 neue Schulen müssen gebaut werden. Allein dafür müssen weit mehr als 500 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren investiert werden. Dresden hat zudem zu lange seine Bildungseinrichtungen vernachlässigt - mit der Folge eines gewaltigen Renovierungsstaus.

Die Frage, wie Schulen gebaut werden, entscheidet darüber, wie Kinder in Zukunft ihre Schule erleben werden. Schulen sind keine Zweckbauten, sie sind Lern- und Lebensräume. Sie müssen den pädagogischen Herausforderungen und den sich abzeichnenden Veränderungen gewachsen sein. Die „Schule von heute“ muss eine „Schule für morgen“ sein. Deshalb müssen die Schulen so gebaut werden, dass sie mit überschaubarem Aufwand umgestaltet werden können. Sie müssen dazu anregen, neue Lernformen anzuwenden und Konzepte zu entwickeln. Deshalb wollen wir GRÜNE ein Leitbild für den Schulbau in Dresden. Dresden braucht neue Strukturen beim Schulbau und Partner, die in der Lage sind, Schulen gut, zügig und kostenbewusst zu bauen. Bau, Nutzung und Unterhalt müssen planerisch zusammengeführt werden.

Bildung aus einer Hand und lebenslang

Bildung muss auch in der Kommune aus einer Hand erfolgen und darf sich nicht im Zuständigkeitsdschungel verirren. Wir brauchen in Dresden eine gebündelte Kompetenz für den Bereich Kinder, Jugend und Bildung. Wir brauchen eine Ämterstruktur, die sich am Kind orientiert und nicht eine, für die dasselbe Kind am Morgen „Schüler“, am Nachmittag „Hortkind“ und später „Nutzer einer Jugendeinrichtung“ ist. Dies beginnt mit einer eng verzahnten und gemeinsamen Bedarfsplanung von Kita, Grundschule und Hort. Wir brauchen eine flexible und auf eine schnelle Bevölkerungsentwicklung ausgerichtete Schulnetzplanung. Der Schulnetzplan ist laufend an die jährlich zu prüfenden Geburtenzahlen anzupassen. Wir brauchen in den Schulen fachliche Unterstützungssysteme. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler an jeder Schule die Unterstützung durch Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter in Anspruch nehmen können.

Alle Menschen müssen Zugänge zu Bildungs- und Fortbildungsangeboten haben. Dresden hat mit dem ersten Bildungsbericht einen Schritt in die richtige Richtung getan. Wir brauchen ein Bildungskonzept für Dresden, das lebenslanges Lernen fördert. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Volkshochschule, der wir einen neuen zentralen Standort geben wollen.

Darüber setzen wir uns für eine dauerhafte und sichere Förderung geschlechtsspezifischer Projekte ein, wie sie im FrauenBildungsHaus Dresden e.V. und dem Männernetzwerk e.V. realisiert werden.

Kinder- und Jugendarbeit vor Ort stärken

Dresden hat vielfältige Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit. Doch die Träger der Einrichtungen und Angebote brauchen Planungssicherheit, die nur durch eine Mehrjahresförderung unter Berücksichtigung der Kostensteigerungen für Personal und Betriebskosten erreicht werden kann.

Wohnortnahe und damit bedarfsgerechte Angebote spielen eine wachsende Rolle.

Deshalb wollen wir GRÜNE den Anbietern in den Stadtteilen mehr Verantwortung übertragen, damit Kinder und Jugendliche gemeinsam mit den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne bürokratische Hemmschwellen Projekte und Ideen umzusetzen können. Vor allem müssen mobile Angebote gestärkt werden. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der Straßensozialarbeit ein.

Hilfen zur Erziehung für Familien unbürokratischer gestalten

Es ist gut, dass Kinder, Jugendliche und deren Eltern Anspruch auf Hilfe haben, wenn es in der Familie Erziehungsprobleme gibt. Häufig erhalten betroffene Familien mehrere Leistungen der Kommune. Oft müssen Hürden innerhalb der Verwaltung überwunden werden, um den Familien die richtige Unterstützung zu bieten. Auch hier gilt: Wir GRÜNE wollen „weniger Bürokratie wagen“ und die „Hilfe aus einer Hand“ organisieren.

Prävention geht vor Intervention. Geschlossene Erziehungsheime lehnen wir ab. Wir brauchen Angebote für schwer erziehbare Kinder und Jugendliche, die sie nicht ihrer Freiheit berauben. Eine enge Kooperation zwischen offener Jugendarbeit, Schulen und erzieherischer Hilfe unter Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements aus den Stadtteilen ist der richtige Ansatz, um präventiv zu arbeiten und auch mittelfristig Kosten zu sparen.

Kinderarmut wirksam bekämpfen

Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern haben schlechtere Chancen in der Bildung. Wir fordern die Einführung eines umfassenden Dresden-Passes, mit dem Teilhabeleistungen für Kinder und ihre Familien sichergestellt werden. Dies gilt insbesondere für Lernförderung, Mobilität, Kultur und kostenloses Essen.

Weiter muss Hilfe und Unterstützung von Kindern und Familien besser abgestimmt werden. Ein ämterübergreifendes Fallmanagement ist nötig. Wir wollen in den Stadtteilen Prohlis, Pieschen und Johannstadt Koordinatoren installieren, die für bessere Teilhabe von Kindern sorgen.

Für eine barrierefreie Stadt

Wir GRÜNE machen uns für das Ziel einer barrierefreien und damit inklusiven Stadt stark. In Dresden gibt es vielerorts Beispiele für bauliche und kommunikative Barrieren. Schmale oder verstellte Gehwege, zu grobe Groß- und Kleinpflastersteine, die große Rillen auf den Gehwegen verursachen, zu hohe Bordsteinkanten lassen die Nutzung der Bürgersteige mit einem Kinderwagen oder einer Gehhilfe zur Tortur werden. Diese baulichen Barrieren müssen beseitigt werden. Mit der Einführung von Blindenleitsystemen auf Gehwegen sowie durch den Einsatz von Brailleschrift im öffentlichen Raum wollen wir blinden und sehbeeinträchtigten Menschen die Orientierung in unserer Stadt erleichtern. In fünf Jahren wollen wir den überwiegenden Teil der DVB-Haltestellen barrierefrei umgestaltet haben.

Die Informationen und Formulare der Stadtverwaltung müssen allgemeinverständlicher werden, dazu müssen Handreichungen und Erläuterungen auch in leichter Sprache verfasst werden.

Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen haben gesetzlich verankerte Rechte und sollen diese jederzeit und uneingeschränkt wahrnehmen können. Zwar gibt es in Dresden einen Behindertenbeirat, doch dessen Arbeit ist nicht transparent. Wir wollen die Sitzungen des Behindertenbeirates Betroffenen und der Öffentlichkeit zugänglich machen, also die Barriere der verschlossenen Türen beseitigen. Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeiten der Mitbestimmung für Menschen mit Behinderungen ausbauen, indem wir die Kompetenzen des Beirates stärken.

Selbstbestimmt älter werden

Die Lebensspanne nach dem Ausstieg aus der Berufsbiografie ist ein eigenwertiger, meistens mehrere Jahrzehnte umfassender Lebensabschnitt. Ältere Menschen möchten diese Lebensphase in eigener Verantwortung – und gemeinschaftlich mit Angehörigen anderer Generationen – gestalten. Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der Haushalte von Über- 60-Jährigen voraussichtlich auf ca. 107.400 steigen. Dann werden in fast 40 Prozent der Dresdner Haushalte Personen ab einem Alter von 60 Jahren leben. Uns GRÜNEN geht es darum, Angebote zu schaffen, die den vielfältigen Bedürfnissen älterer Menschen in Dresden entsprechen. Deshalb müssen Konzepte für altersgerechte Wohnformen und Bewegungsräume weiterentwickelt werden, Nachbarschaftshilfe gefördert, die Wahrnehmung von Kulturangeboten gesichert und Mobilität auch im Alter ermöglicht werden.

Wir wollen die Stadtteile in der Erfüllung dieser Aufgabe stärken und bereits bei der Planung systematisch die Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigen.

Die Schaffung altengerechter und seniorenfreundlicher Wohnungen stellt dabei eine besondere Herausforderung dar. Bis 2020 müssen mindestens 2.200 solcher Wohnungen neu entstehen. Wir GRÜNE wollen erreichen, dass dafür zusammen mit den Akteuren des Wohnungsmarktes Ideen und Lösungsvorschläge entwickelt werden.

Bedarfsgerechte Pflegeangebote ausbauen

Im Bereich der Pflege sehen wir das städtische Unternehmen Cultus gGmbH maßgeblich in der Pflicht. Wir fordern eine Profilierung des Unternehmens für eine vorbildliche Pflege auch mit Blick auf die besonderen Anforderungen zur Integration dementer, psychisch kranker und geistig behinderter Menschen in das gemeinschaftliche Leben der Einrichtungen und der Stadtteile. Ambulante Angebote, betreutes Wohnen und Pflegeangebote, die den besonderen Anforderungen schwerstkranker und sterbender Pflegebedürftiger gerecht werden, müssen gefördert werden.

Planungen zur Integration von Kita- und Altenpflegeeinrichtungen bei der Weiterentwicklung des Gesundheitsstandortes Dresden-Löbtau unterstützen wir. Der geriatrische Schwerpunkt des Krankenhauses Dresden-Neustadt ist ein wichtiger Ausbildungs- bzw. Weiterbildungs-ort für den medizinischen und pflegerischen Umgang mit alten Menschen, der weiter profiliert werden muss.

Wir GRÜNE werden uns auch weiterhin für die bessere Verzahnung ambulanter und stationärer Pflegeangebote einsetzen, u. a. durch ein reibungsloses Entlassungsmanagement im Krankheitsfall, das den patientenorientierten Übergang vom Krankenhaus zu Pflegeeinrichtungen oder nach Hause sichert.

Bei Fragen zur Pflege und Problemen in der Pflegepraxis können sich Ratsuchende in Sachsen derzeit nur an Kostenträger und Leistungsanbieter wenden. Wir setzen uns für eine unabhängige Pflegeberatungs- und Beschwerdestelle ein, die Bedürftige, ihre Angehörigen und Freundinnen und Freunde sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pflegediensten neutral und sachkundig berät und im Konfliktfall begleiten kann.

Soziale Beschäftigung zielgerichtet einsetzen

Der Bund hat in den vergangenen Jahren systematisch die Förderung von Beschäftigungen für Langzeitarbeitslose und schwer vermittelbare Menschen reduziert und ein intransparentes Dickicht der Förderprogramme angelegt. Darüber hinaus werden Eingliederungsbeihilfen zunehmend zur Deckung des Verwaltungshaushaltes des Jobcenters verwendet.

Auf der Strecke bleiben die betroffenen Menschen, die über Arbeitsgelegenheiten (AGH) oder Bürgerarbeit ihre Arbeit für die Gesellschaft mit allen positiven Wirkungen für das Selbstwertgefühl einbringen wollen. Auf der Strecke bleiben aber auch notwendige Projekte (z. B. der Begleitservice der DVB für Menschen mit Beeinträchtigungen). Wir GRÜNE wollen, dass die Landeshauptstadt mit einem „Aktionsplan Soziale Beschäftigung“ mit freien Trägern einen eigenständigen Beitrag

dazu leistet, dass diese Beschäftigungsformen gesichert werden. So soll soziale Beschäftigung besser als bisher zur gezielten Förderung des Gemeinwesens eingesetzt werden. Auch die Durchlässigkeit von Sozialer Beschäftigung zum Ersten Arbeitsmarkt bleibt für uns ein wichtiges Ziel.

Jobcenter – Konflikte abbauen

Über 50.000 Dresdnerinnen und Dresdner sind auf sogenannte Hartz IV-Leistungen angewiesen. Viele Betroffene erleben das Jobcenter als repressiv und nur ungenügend an ihre tatsächlichen Bedürfnisse angepasste Einrichtung. Bürokratische Anforderungen und Bescheide sind wenig transparent. Sanktionen erscheinen vielen Menschen als willkürlich. Eine enorm hohe Zahl von Widersprüchen zu Bescheiden und eine Klageflut vor den Sozialgerichten sind die Folge.

Wir GRÜNE wollen das Konfliktmanagement beim Jobcenter neu organisieren. Wir wollen, dass im Beirat des Jobcenters Dresden auch Vertreterinnen und Vertreter von Arbeitsloseninitiativen beteiligt sind und die Sitzungen des Beirates öffentlich sind. Wir wollen (gemeinsam mit dem Freistaat) ein Modellprojekt installieren, das durch die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle Konflikte klärt und dadurch auch gerichtliche Auseinandersetzungen reduziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kriminalisierung von Bagatelld Ordnungswidrigkeiten von ALG-II-Empfängerinnen und Empfängern beendet wird. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Arbeitsloseninitiativen und -treffs eine ausreichende finanzielle Ausstattung erhalten, die eine unabhängige Arbeitslosenberatung ermöglicht.

Einkommensschwache Menschen unterstützen

Trotz boomender Wirtschaft hat sich die Zahl der Dresdnerinnen und Dresdner, die auf Transferleistungen angewiesen sind, nur geringfügig verringert. Im Rahmen der bundesgesetzlichen Regelungen kommt der Kommune insbesondere bei der Festlegung der anzuerkennenden Kosten der Unterkunft eine zentrale Rolle zu. Die drastische Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt erfordert eine ständige Überprüfung der anzuerkennenden Kosten für Unterkunft. Dazu muss das bisher eher statische „Schlüssige Konzept“ der Stadtverwaltung in ein jährlich fortzuschreibendes geändert werden. Um die Flut von Klagen gegen die Entscheidung des Jobcenters zur Anerkennung der Kosten der Unterbringung einzudämmen, muss der Grundsatz gelten: Im Zweifel für den Antragsteller!

Stromsperrn verhindern

Haushalte mit niedrigem Einkommen sind von steigenden Energiepreisen besonders stark betroffen. Strom- oder Gassperren haben einschneidende Folgen, besonders für Kinder und Menschen im Alter oder mit Behinderungen. Sie gefährden ein menschenwürdiges Dasein. Wir fordern deshalb die DREWAG auf, Strom- und Gassperren zu unterlassen. Stattdessen sollten bei Zahlungsschwierigkeiten Vorkasse-Zähler eingesetzt werden.

Neuen Anforderungen in der Wohnungslosigkeit begegnen

Die Zahlen der Zwangsräumungen z. B. bei der GAGFAH sind gestiegen – die Folge: immer mehr Menschen werden wohnungslos. Diesen Menschen muss die Stadt schnell eine Bleibe und Hilfe zukommen lassen. Dazu sind verbindliche Absprachen mit den großen Vermietern Dresdens notwendig, wie Zwangsräumungen verhindert werden können. Außerdem muss die Landeshauptstadt ihre vertraglichen Belegungsrechte bei der GAGFAH in Anspruch nehmen. Die unkomplizierte Mietschuldenübernahme durch das Sozialamt oder Jobcenter ist ein wichtiges Instrument, Zwangsräumungen zu verhindern. Es muss Ziel sein, von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen die eigene Wohnung zu erhalten.

Dem Ausbau und der Unterstützung von Schuldnerberatungsstellen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu.

Das städtische Angebot für chronisch-mehrfach geschädigte Wohnungslose muss ausgebaut werden, um ein menschenwürdiges Altern zu ermöglichen.

Angebote für psychisch erkrankte Menschen verbessern

Die Kommunen müssen ab 2014 mit Einführung des neuen Entgeltsystems für Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) im stationären Bereich, das auf verkürzte Behandlungszeiten abzielt, auf eigene Kosten sehr viel mehr ambulante Betreuung anbieten. Dresden weist schon jetzt eine Versorgungslücke auf, vor allem für Menschen mit einer Mehrfachdiagnose (z. B. chronischen, psychischen, physischen und Suchterkrankungen). Weiter gewachsen ist die Zahl der Menschen mit einer gerontopsychiatrischen Erkrankung.

Als Fortschreibung des Stadtpsychiatrieplans setzen wir uns für ein gemeinsam von Verwaltung und freien Trägern erstelltes Handlungskonzept „Psychische Gesundheit und Betreuung“ ein, das den Ausbau der Angebote forciert und bestehende Angebote langfristig sichert und finanziell bedarfsgerecht ausstattet.

Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Einbeziehung von Psychiatrie-Erfahrenen in den einzelnen Angeboten liegen. Dafür müssen zusätzliche Stellen für Genesungsbegleiter geschaffen werden.

Auf Sucht antworten – echte Prävention umsetzen

Prävention und Gesundheitsförderung sind miteinander eng verbunden. Alkohol, Zigaretten, illegale Drogen (wie Crystal) oder Glücksspiel – Sucht hat viele Gesichter! Wir wollen den vielfältigen Suchtformen durch echte Prävention begegnen und setzen uns für die bedarfsgerechte Ausstattung von Beratungsangeboten ein. Dazu zählen auch mobile Angebote, die Prävention dort betreiben, wo Suchtgefahren entstehen.

Wir setzen uns für ein Werbeverbot für Spielhallen ein und stellen das Vergabeverfahren von Lizenzen für Spielhallen und Glückspielautomaten auf den Prüfstand.

Menschen mit Abhängigkeiten brauchen schnelle Hilfe. Deshalb müssen die Mittel für die Suchtberatungsstellen aufgestockt werden.

Gesundheitspolitik ist Prävention

Wir machen uns für ein Gesundheitssystem stark, das auf Prävention von Geburt an setzt und zu einer gesundheitsbewussten und selbstbestimmten Lebensweise bis ins Alter befähigt. Dazu müssen Gesundheitsrisiken, ob Lärm oder Luftverschmutzung, aktiv bekämpft werden. Dresden ist Mitglied im WHO-Netzwerk Gesunde Städte, in dem vorbildliche Projekte der Gesundheitsförderung unterstützt werden. Wir GRÜNE wollen, dass die Landeshauptstadt dieses Netzwerk stärker mit einer eigenen Kampagne „Gesundes Dresden“ nutzt.

Die Kinder- und Jugendzahnmedizin ist als freiwillige Leistung immer wieder von Kürzung bedroht. Diese Bereiche sollen gestärkt werden. Außerdem wollen wir flächendeckende Präventionsmaßnahmen in der Schule, indem über gesunde Ernährung, Drogenkonsum, aber auch über sexuell übertragbare Krankheiten aufgeklärt wird.

Wir engagieren uns für eine wohnortnahe Versorgung und eine Verzahnung der unterschiedlichen Heilberufe und Gesundheitseinrichtungen, damit Behandlungsabläufe effizient gestaltet werden.

Krankenhäuser zukunftssicher machen

Wir GRÜNE haben maßgeblich dazu beigetragen, dass für die beiden Krankenhäuser Dresden-Friedrichstadt und -Neustadt ein Zukunftskonzept erarbeitet wurde, auf dessen Grundlage im Sommer 2012 ein umfangreicher Konsolidierungsprozess begann.

Dennoch ist die finanzielle Situation der Krankenhäuser weiterhin kritisch. Verluste werden mit hohen Kassenkrediten finanziert, der Investitionsbedarf ist erheblich. Zudem drohen wichtige Einnahmequellen (z. B. aktuell die Neurochirurgie in Dresden-Neustadt) zu versiegen. Sowohl bei den Investitionen als auch beim Verlustausgleich muss sich die Landeshauptstadt finanziell engagieren. Nur so kann kontinuierlich investiert und das Personal angemessen bezahlt werden. Wir lehnen eine dauerhafte Verschuldung der Krankenhäuser als verdeckte Verschuldung der Stadt ab.

Wir GRÜNE bekennen uns auch nach Auslaufen der Bindefrist des Bürgerentscheides zur Fortführung in öffentlicher Trägerschaft über 2015 hinaus. Jedoch ist eine Zusammenführung der beiden Krankenhaus-Betriebe für eine gesicherte Zukunft notwendig. Die Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts wäre hierfür die beste Lösung. Dazu muss der Freistaat die entsprechenden Voraussetzungen schaffen.

Gesunde Ernährung – was kann Dresden tun

Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre haben viele Menschen sensibilisiert. Sie möchten deshalb nicht nur wissen, wie Lebensmittel produziert werden, sondern über Vorfälle und Verstöße im Bereich der Lebensmittelhygiene umfassend informiert werden. Das Verbraucherinformationsgesetz bietet die Möglichkeit, auch auf die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen der Stadt zuzugreifen.

Wir GRÜNE setzen uns für einen transparenten Verbraucherschutz ein. Deshalb wollen wir nicht nur eine verstärkte Kontrolle von Betrieben durch die Stadt, sondern auch die Veröffentlichung der durchgeführten Überwachungen und deren Ergebnisse.

Wir wollen erreichen, dass es im Rahmen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes mehr Informationen über genmanipulierte Nahrungsmittel, Nahrungsergänzungsmittel und Inhaltsstoffe gibt.

Außerdem wollen wir einen Verbraucherführer für Dresden erstellen, in dem alle Informationen zu ökologischen Verbrauchsgütern in unserer Stadt aufgeführt sind.

Gesunde Ernährung fängt im Kindesalter an. Wo möglich, sollten Bildungseinrichtungen in die Lage versetzt werden, die Essenszubereitung in eigener Regie zu organisieren. Zumindest sollte die Essensversorgung in die Entscheidungshoheit der Bildungseinrichtungen und der Eltern gestellt werden.

Wir brauchen insgesamt eine Ausweitung der Angebote regionaler, vegetarischer und veganer Ernährung. Das muss durch eine Selbstverpflichtung der Landeshauptstadt sowie einen kommunalen Handlungsplan „Dresden isst gut“ unterstützt werden.

Tiere sind Mitgeschöpfe

Wir setzen uns nachdrücklich für eine artgerechte Tierhaltung im Zoo und anderen Einrichtungen ein. Dies gilt für alle, die Tiere besitzen, zeigen und/oder ausstellen. Für die Arbeit des Tierheims und in den Tierschutzvereinen fordern wir angemessene Förderung und eine ausreichende Personal- und Sachausstattung. Das Dresdner Tierheim muss stärker am Prinzip des Tierwohls ausgerichtet werden, das bedeutet eine tiergerechte Ausstattung der Aufenthaltsorte und unbürokratischere Vermittlungsmöglichkeiten.

Die Erweiterung des Dresdner Zoos für eine Ausweitung der Elefantentierhaltung lehnen die GRÜNEN ab.

Die Landeshauptstadt muss sich verpflichten, in ihrem eigenen Verantwortungsbereich keine Produkte aus „Tierquälhaltung“ (Massentierhaltung) anzubieten.

D. KULTUR BEWEGT DRESDEN

Moderne Kulturpolitik darf sich nicht nur in Traditionspflege erschöpfen. Deshalb sind für uns GRÜNE Förderschwerpunkte die Sozio- und Off-Kultur.

Seit der letzten Kommunalwahl ist es uns gelungen, wesentliche kulturpolitische Erfolge zu erzielen: Als einzige Partei haben wir für den Umbau des Kraftwerks Mitte und die gleichzeitige Erneuerung des Kulturpalastes gekämpft und schließlich auch durchsetzen können. Damit ist die Zukunft großer städtischer Kulturinstitutionen – Dresdner Philharmonie, Theater Junge Generation, Staatsoperette, Herkuleskeule und Zentralbibliothek – gesichert und wird sinnvoll im Stadtzentrum weiterentwickelt.

Sozio- und Off-Kultur brauchen Unterstützung

Besondere Förderschwerpunkte bilden für uns GRÜNEN die Sozio- und Off-Kultur. Die Breite und Vielfalt in diesen Bereichen müssen erhalten bleiben und Raum für neue innovative Initiativen geschaffen werden, da Dresdens Kulturlandschaft maßgeblich auch von diesen Institutionen und Initiativen lebt.

Neben der kommunalen Kulturförderung, die halbjährlich vergeben wird, möchten wir einen Fördertopf in Höhe von 50.000 Euro einrichten, der flexibel und unkompliziert vergeben wird. Dieser sollte in besonderem Maße dem Bereich der Soziokultur, als Verbindungsglied zwischen Kultur, Zeitgeschehen und Stadtteilarbeit, zugutekommen.

Räume für Kultur- und Kreativszene

Eine zentrale Aufgabe in den nächsten Jahren wird es sein, bessere Bedingungen für die Kultur- und Kreativszene zu schaffen. Hauptproblem hier ist mittlerweile der Mangel an erschwinglichen Räumlichkeiten in Dresden. Deshalb müssen vor allem bezahlbare Räume für Produktion und Präsentation von Kunst und eine Unterstützung von Institutionen bereitgestellt werden. Dabei sollen Selbstnutzungsinitiativen und Konzepte der Zwischen- und Umnutzung wie nach dem Modell der „Wächterhäuser“ gefördert werden.

Liegenschaften, die bereits kulturell genutzt wurden, sollen dauerhaft und verbindlich der Kultur erhalten bleiben.

Wir fordern die Einhaltung der »Richtlinie zur Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler in Sachsen« durch die Stadt Dresden. Dadurch erhalten Bildende Künstlerinnen und Künstler eine Vergütung für die Bereitstellung von Werken sowie für ihre Mitwirkung bei deren Aufbau in Ausstellungen.

Kultur ist Weltoffenheit

Dresden ist zunehmend international geprägt. Dazu gehört ein buntes und weltoffenes Klima, in dem sich auch Kulturinstitutionen aktiv öffnen und die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln. Deshalb sollte die Richtlinie zur kommunalen Kulturförderung in Bezug auf interkulturelle Kriterien erweitert werden.

Der Welterbe-Bewerbung Helleraus stehen wir positiv gegenüber. Allerdings dürfte nach der Aberkennung des ersten Dresdner Welterbetitels „Dresdner Elbtal“ eine erneute Bewerbung schwierig sein und bedarf eines Umdenkens in der Stadtspitze: Welterbe ist nicht nur ein schönes Label, sondern große Verantwortung und Aufgabe für Politik, Verwaltung und Bürgerschaft.

Für das spezifische interdisziplinäre Konzept des Festspielhauses Hellerau sind Probenräume, Ateliers und Werkstätten unverzichtbar. Daher setzen wir uns für die Renovierung des Ostflügels mit den geplanten Künstlerwohnungen ein.

Kulturfinanzierung neu denken

Die vom Stadtrat im Jahr 2000 (!) beschlossene Richtlinie, mindestens ein Prozent der im Vorjahr verbrauchten Hochbaumittel für Kunst im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen, muss endlich umgesetzt und der entsprechende Betrag im Haushalt eingestellt werden. Außerdem müssen Mittel aus der Kommunalen Kulturförderung ins nächste Haushaltsjahr übertragbar sein. Darüber hinaus sollten Träger kommunaler Bildungsaufgaben wie das Heinrich-Schütz-Konservatorium nicht mehr über die kommunale Kulturförderung finanziert, sondern finanziell auf eigene Füße gestellt und langfristig abgesichert werden. Die Erhebung von Eintrittsgebühren im Pillnitzer Schlosspark lehnen wir ab.

Dresden klingt gut

Um seinem Ruf als vielfältige Musikstadt gerecht zu werden, braucht Dresden eine besondere Förderung moderner Musikformen. Es braucht eine stärkere Nachwuchsförderung durch den Ausbau bestehender lokaler Wettbewerbe und Festivals. Außerdem sind auch hier die Schaffung und der Ausbau von Probenräumen und Auftrittsmöglichkeiten notwendig. Daneben stehen wir weiterhin zu eher klassisch ausgerichteten Angeboten wie den Dresdner Musikfestspielen.

Bibliotheken und Kulturelle Bildung stärken

Ein wichtiger Kulturfaktor in den Stadtteilen sind die Städtischen Bibliotheken, deren vielfältige Struktur es unbedingt zu erhalten gilt. Durch die Zusammenlegung von Haupt- und Musikbibliothek mit der medien@age im renovierten Kulturpalast entsteht ein moderner „Medien-Ort“, der vielfältige Nutzungen für alle Generationen ermöglicht.

Wir unterstützen Projekte, die Kultur und Schule verbinden, beispielsweise die Zusammenarbeit des Projekttheaters mit der Dreikönigsschule, und möchten dazu einen stadtweiten Erfahrungsaustausch mittels Workshops und Plattformen schaffen.

Museumslandschaft pflegen

Damit die Dresdner Museen ihren Aufgaben weiterhin nachkommen können, müssen sie ausreichend finanziert sein. Nötige Investitionen sind vor allem bei den Depots zu tätigen. Die Räume des Zentraldepots Spenerstraße müssen endlich ausgebaut werden. Auch die Personalsituation in den Museen ist unbefriedigend. Für eine langfristige Planung ist ein Museumskonzept nötig, welches alle Museen unterschiedlicher Trägerschaft im Stadtgebiet berücksichtigt. Darin müssen vor allem die Platzprobleme einiger Museen und deren langfristige Konzeption berücksichtigt werden.

Ein Erfolg GRÜNER Politik ist der Erhalt des Kraszewski-Museums als binationalem Begegnungsort zwischen Deutschland und Polen. Dieses muss weiter gefördert und unterstützt werden, z. B. durch vermehrte Förderung von Kulturprojekten, die sich dieser Verbindung widmen.

SPORT ist BewegungskULTUR

Sport als Bewegungskultur – egal ob in Vereinen organisiert oder individuell ausgeübt, mit Profi-, Spitzen-, Amateur- und Breitensport, ist für uns unverzichtbarer Bestandteil der Stadtkultur. Besondere Priorität hat aus unserer Sicht neben der Sanierung der vorhandenen Infrastruktur und der klassischen Vereinsförderung der Breiten- und Individualsport. Wir fordern die wohnortnahe Entwicklung von Bewegungsräumen (Laufstrecken, Sportspielplätze, Fahrradwegenetz, Bolzplätze, Sportanlagen oder Kalthallen). Das kann auf einfache und landschaftsverträgliche Weise geschehen und ist mit relativ geringen Betriebskosten oder auch im selbstverwalteten Betrieb möglich. Bei allen Sportplanungen legen wir besonderen Wert auf die Umsetzung der Barrierefreiheit.

In der Sportförderung wollen wir verstärkt den Fokus auf den sozialen Aspekt des Sports legen und in der Sportförderrichtlinie den Kinder- und Jugendsport wie auch Gesundheits- und Entspannungssportarten für Berufstätige, Frauen und ältere Menschen stärker berücksichtigen. Wir kämpfen weiterhin für die zügige Sanierung der Dresdner Schwimmhallen und Bäder und halten auch die Sanierung des Heinz-Steyer-Stadions für erforderlich. Mit Dynamo Dresden muss ein Konzept erarbeitet werden, wie die städtischen Zuschüsse für die Stadionmiete schrittweise reduziert werden können. Für die Trainingsflächen des Vereins im Großen Garten muss ein geeigneter Ersatz gefunden werden.

Die Sporthallenversorgung Dresdens ist unzureichend. Deshalb erfolgt vielerorts die schulische Nutzung bis in die späten Nachmittagsstunden. Das schränkt eine außerschulische Nutzung der Sportanlagen ein. Gerade deshalb muss die Vergabe der Nutzungszeiten städtischer Sporthallen unbürokratisch erfolgen; die Nutzung städtischer Sportanlagen muss auch für nicht vereinsgebundene Einwohnerinnen und Einwohner möglich sein.

E. VERWALTUNG REFORMIEREN - BÜRGERRECHTE STÄRKEN

Dresden steht vor der Herausforderung, seine Verwaltungsstrukturen stärker an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten und sie gleichzeitig an ihre zukünftigen Aufgaben anzupassen. Wir GRÜNE wollen keine Aufblähung der Verwaltung, sondern eine ressourcenschonende Umsteuerung. Wir betrachten den erkennbaren Trend zu einem staatsfixierten Ordnungsdenken in der Stadt mit Sorge und wollen die Bürgerrechte stärken.

Für ein sicheres Dresden

Wir nehmen zur Kenntnis, dass es in der Bevölkerung ein wachsendes Sicherheitsbedürfnis und ein Gefühl der Unsicherheit gibt. Dies wird nicht zuletzt durch den vom Freistaat vorgenommenen massiven Personalabbau bei der Polizei verschärft. Die Stadt Dresden muss diesen Bedürfnissen Rechnung tragen. Gleichzeitig dürfen das Ordnungsamt und die kommunale Polizeibehörde nicht so ausgestattet und eingesetzt werden, dass sie vermeintlich die Polizei ersetzen, ohne deren Befugnisse zu haben.

Im Fokus einer kommunalen Sicherheitspolitik müssen vor allem umfassende Prävention und Kommunikation stehen. Städtebauliche Aspekte spielen beim Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger und bei der Kriminalitätsbekämpfung eine zentrale Rolle. Wenig belebte und unbeleuchtete Plätze sowie eine zunehmende Konzentration sozialer Brennpunkte wollen wir zukünftig durch klare Richtlinien und Vorgaben in der Stadtplanung vermeiden. Der Kriminalpräventive Rat als Fachbeirat aus Sicherheitsexperten, Politik und Zivilgesellschaft könnte bei der Entwicklung intelligenter Maßnahmen eine wichtige Rolle spielen.

Die Überwachung von öffentlichen Plätzen mit Videokameras bringt kein Mehr an Sicherheit, sondern führt lediglich zur Verlagerung von Straftaten. Vor allem aber stellt die allgegenwärtige Überwachung einen massiven Eingriff in die Bürgerrechte dar. Wir wollen deshalb die Videoüberwachung in Dresden deutlich einschränken und die sofortige Entfernung der polizeilichen Überwachungskamera auf der Alaunstraße erreichen.

Das Alkoholabgabeverbot an Wochenenden in der Äußeren Neustadt wollen wir wieder aufheben. Wir werden uns zudem deutlich gegen Bestrebungen wenden, in Dresden eine Zone einzurichten, in der der öffentliche Konsum von Alkohol zu bestimmten Zeiten untersagt ist, wie es derzeit in anderen Städten Sachsens geplant wird.

Das Dresdner Ordnungsamt neu ausrichten

Statt auf teure Anschaffungen wie schwere Schutzausrüstung oder das Halten von Diensthunden zu setzen, wollen wir, dass sich die kommunale Polizeibehörde auf ihre Kernaufgaben konzentriert. Dazu gehört auch die Vermittlung der Tatsache, dass das Ordnungsamt keine polizeilichen Befugnisse, wie z. B. die Anwendung unmittelbaren Zwangs hat. Wir wehren uns gegen Versuche, Aufgaben von Ordnungsämtern und Polizei zunehmend auf private Sicherheitsdienste zu übertragen. Wir wehren uns zudem gegen eine kommunale Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit und wollen erreichen, dass Dresden keine protestfreien Zonen an bestimmten historischen Tagen schafft. Wir setzen uns dafür ein, dass das Ordnungsamt z. B. bei Demonstrationen gegen Rechtsextremisten Protest in Sicht- und Hörweite ermöglicht und seine Bescheide möglichst frühzeitig erlässt. Das Ordnungsamt muss auf mehr Dialog setzen.

Daten schützen – IT-Sicherheit gewährleisten

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Datenschutz und Datensicherheit einen höheren Stellenwert in der Stadt Dresden erhalten. Die öffentliche Verwaltung erhebt, speichert und verarbeitet zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine Vielzahl persönlicher Daten. Mit jedem Antrag erhält die Stadt weitere schutzwürdige persönliche Daten, die eine Erstellung von Persönlichkeitsprofilen ermöglicht, was verfassungsrechtlich unzulässig wäre. Deshalb wollen wir erreichen, dass die Stadt und ihre Unternehmen keine Daten ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligung der Betroffenen an Dritte verkaufen. Antragsverfahren und IT-Anwendungen, wie etwa das Online-Kitaplatz-Vergabesystem, müssen datenschutzkonform ausgestaltet und transparent sein. Wir setzen uns für die „analoge Alternative“ ein, damit Einwohnerinnen und Einwohner nicht gezwungen sind, Behördengänge online zu verrichten. Wie das Bekanntwerden der Voll-Überwachung des Internets durch Überwachungsprogramme der Geheimdienste zeigt, müssen die Anstrengungen verstärkt werden, die IT-Sicherheit im Netz zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt anonymisierte Kommunikation mit Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglicht und fördert sowie die End-zu-End-Verschlüsselung bei der Datenerarbeitung auch zwischen Behörden und Verwaltungsmitarbeitern flächendeckend gewährleistet ist.

Für eine schlanke bürgerinnen- und bürgerfreundliche Verwaltung

Eine gut strukturierte und gut ausgestattete Verwaltung ist die Voraussetzung für die Umsetzung gesellschaftlicher und politischer Ziele. Deshalb halten wir die Stadtverwaltung in Dresden an einigen Stellen für reformbedürftig.

Dazu gehört, dass Teile der Stadtverwaltung, wie z. B. das Ordnungsamt, überdimensioniert sind. Andere wiederum können den steigenden Anforderungen kaum noch gerecht werden, weil Ressourcen falsch verteilt sind. Wir GRÜNE wollen deshalb die Bereiche der Verwaltung stärken, die den Bürgerinnen und Bürgern direkt zugute kommen. Das bedeutet auch eine Reduzierung der Leitungsstrukturen zu Gunsten direkter Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger.

Dazu braucht Dresden eine fundierte Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik der Stadtverwaltung. Wir wollen daher in der kommenden Amtsperiode des Stadtrates ein Aufgabenmonitoring erreichen, das die Grundlage für eine umfassende Verwaltungsmodernisierung bilden soll, die das Ziel verfolgt, bürgernahe Strukturen zu stärken.

Die Bürgerorientierung einer Verwaltung steht und fällt mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Um sie besser auszubilden und zu motivieren, braucht Dresden ein Personalentwicklungskonzept. Wir wollen den Anteil von Frauen in Führungspositionen der Stadtverwaltung durch gezielte Förderprogramme deutlich ausbauen. Zudem muss die Stadt ein familienfreundlicher Arbeitgeber sein, der umfassende Teilzeitmodelle und kinderfreundliche Arbeitszeiten ermöglicht.

Die Bürgerbüros wollen wir als erste Ansprechmöglichkeit der Verwaltung für die Dresdnerinnen und Dresdner stärken und Aufgaben der Stadtverwaltung so weit wie möglich dezentralisieren. Doppelstrukturen in der Verwaltung kosten Zeit, Geld und Motivation. Wir wollen eine sinnvolle Umstrukturierung der Geschäftsbereiche, die sich an den Aufgaben einer Kommune orientiert. Sachfremde Zuordnungen (z. B. Krankenhäuser zum Geschäftsbereich „Ordnung und Sicherheit“) müssen geändert werden. Eine Zusammenlegung der Stadtkasse mit der Stadtkämmerei kann erhebliche Synergieeffekte auslösen und Kosten einsparen.

Weniger Bürokratie wagen

Wir wollen die Stadtverwaltung entstauben. Entbürokratisierung ist aber ebenso wie Verwaltungsmodernisierung kein Selbstzweck und darf kein Deckmantel für die Abschaffung zweckmäßiger und wichtiger Vorschriften sein. Dennoch kann eine übermäßige Regulierung soziales und wirtschaftliches Engagement hemmen. Zudem werden mit der Umsetzung und Kontrolle von fragwürdigen Vorschriften jene Kräfte in der Verwaltung gebunden, die wir für die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern brauchen. Wir wollen daher die nächste Amtsperiode des Stadtrates zur kritischen Überprüfung der Satzungen und Vorschriften der Stadt nutzen und überflüssige und antiquierte Vorschriften streichen. So muss z. B. die Sondernutzungssatzung, die bereits für das Aufstellen eines Aschenbechers im Straßenraum einen umfassenden Verwaltungsvorgang auslöst, auf den Prüfstand. Auch das hinter dem Rücken des Stadtrates beschlossene Verfahren zur Regulierung der Straßenmusik und einzelne Bestimmungen der gerade eingeführten Kurtaxe haben gezeigt, wie schnell die Stadtverwaltung zur Überregulierung neigt.

Wir GRÜNE wollen die Einrichtung einer Ombudsstelle erreichen, die Hinweisen aus der Verwaltung und von Bürgerinnen und Bürgern zu Unregelmäßigkeiten und bürgerunfreundlichem Verhalten unabhängig nachgehen kann.

F. MEHR DEMOKRATIE WAGEN – TRANSPARENT HANDELN

Die Kommunen sind die Orte, an denen sich politische Entscheidungen für die Menschen unmittelbar und konkret auswirken. Umso wichtiger ist es, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die demokratischen Prozesse auf kommunaler Ebene deutlich gestärkt werden und sie einen verbindlichen Anspruch auf die Durchsetzung ihrer Beteiligungsrechte haben.

Bürger beteiligen

Dresden braucht eine umfassende Bürgerbeteiligungssatzung. Die aktuelle Bürgerentscheidssatzung erkennt, dass es neben dem Instrument des Entscheids auch die Möglichkeit der Beteiligung in allen städtischen Angelegenheiten geben muss. Wir GRÜNE wollen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner zukünftig das einklagbare Recht erhalten, bei Nachweis einer entsprechenden Anzahl an Unterschriften an einem Vorhaben beteiligt bzw. informiert zu werden. So soll z. B. eine Einwohnerversammlung in einem Ortsamtsbereich zu einem Thema stattfinden, wenn dies 200 Bürgerinnen und Bürger verlangen. Die Vorlage der entsprechenden Zahl an Unterschriften muss für die weitere Entscheidung des Stadtrates eine aufschiebende Wirkung haben. Bürgerbeteiligung muss zudem zu einem zentralen Anliegen der Stadtverwaltung werden. Wir wollen erreichen, dass eine Koordinierungsstelle bei der Oberbürgermeisterin die Bearbeitung von Bürgerbeteiligungsverfahren in Dresden übernimmt.

Wir wollen zudem den Petitionsausschuss zu einem Ausschuss für Bürgerangelegenheiten erweitern. Dieser soll sich zukünftig auch mit Anregungen aus der Bürgerschaft befassen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen ein verbindliches Recht auf Anhörung erhalten. Wir wollen auch Online-Petitionen ermöglichen, denen andere Bürgerinnen und Bürger betreten können.

Beim Haushalt mitreden

Wir setzen uns dafür ein, dass der Finanzbürgermeister endlich rechtzeitig einen Bürgerhaushalt vorlegt, der diese Bezeichnung verdient. Dabei ist es besonders wichtig, den Einwohnerinnen und Einwohnern echte Wahlmöglichkeiten zu den Haushaltsprioritäten einzuräumen und den Haushaltsentwurf so aufzuarbeiten, dass er verständlich und nachvollziehbar ist.

Mehr Demokratie in den Stadtteilen

Wir wollen die Ortschaftsverfassung für ganz Dresden einführen und damit die Stadtteilvertretungen als unterste politische Ebene umfassend stärken. Statt wie bisher vom Stadtrat sollen die Ortsbeiräte von der Bevölkerung des jeweiligen Ortsamtes bei den Kommunalwahlen gewählt werden und mehr Rechte erhalten. So sollen sie die Möglichkeit erhalten, gegen Stadtratsbeschlüsse, die den Ortsamtsbereich betreffen, Widerspruch einzulegen, und zudem eigene finanzielle Mittel für den Stadtteil verwalten können.

Rechte der Kinder stärken - unabhängiges Kinderbüro für Dresden

Kinder- und Jugendbeteiligung wird in Dresden von der Stadtverwaltung abgelehnt. Seit Jahren wird die Schaffung des Amtes einer/eines Kinderbeauftragten durch die Oberbürgermeisterin verhindert. Wir GRÜNE wollen die Einrichtung eines unabhängigen Kinderbüros erreichen, das unabhängig von der Stadtverwaltung Kinder- und Jugendbeteiligung fördert, Kinderrechte bekannt macht und die Stadtverwaltung in ihrem Handeln kritisch begleitet. Dresden braucht stadtteilbezogene, regelmäßige und verbindliche Formen der Jugendbeteiligung. Dazu gehören insbesondere projektorientierte Beteiligungsformen beim Bau von Kinder- und Jugendspielflächen, der Gestaltung von öffentlichen Räumen, aber auch beim Bau von Schulen, Kindergärten und bei der Verkehrsplanung. Projektbezogene Beteiligungsformen wie »Domino - Jugend gestaltet« wollen wir ausbauen und in jedem Stadtteil etablieren.

Informationen für Alle

Engagement und Beteiligungsfähigkeit setzen Information voraus. Wir wollen die Dresdner Informationsfreiheitsgesetz so umgestalten, dass sie den Einwohnerinnen und Einwohnern tatsächlich den Zugang zu Informationen über alle sie betreffenden Angelegenheiten der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe sowie der städtischen Unternehmen ermöglicht. Die Informationsfreiheitsgesetz soll so gestaltet werden, dass der Zugang zu den Informationen grundsätzlich kostenlos ist und lediglich berechnete Auslagen der Verwaltung, wie z. B. Kopien, in Rechnung gestellt werden dürfen.

Wir wollen ,Open-Data'-Grundsätze in Dresdens Stadtverwaltung durchsetzen, etwa die strukturierte, maschinenlesbare Bereitstellung von Verwaltungsdaten, die im Interesse der Allgemeinheit ohne jede Einschränkung zugänglich gemacht werden.

Wir wollen, dass die Stadt Dresden alle Bemühungen unterstützt, Verbraucherinformationen zugänglich zu machen.

Einwohnerinnen und Einwohner sollen frühzeitig über städtische Planungen informiert und gehört werden. Das geschieht durch frühzeitige Beteiligung bei Bauvorhaben ebenso wie durch regelmäßige Bürgerversammlungen zu Planungen in den Stadtteilen mit der Möglichkeit, sich persönlich, aber auch online in den Planungsprozess einzubringen. Die Dresdner Debatte ist dafür ein positiver Anfang.

Digitales Bürgerengagement stärken - Freifunk fördern

Wir GRÜNE wollen Freifunk als wichtige zivilgesellschaftliche Initiative zur Förderung dezentraler sowie durch Bürgerinnen und Bürger entwickelte und betriebene offene WLAN-Netze unterstützen. Open-Government-Data-Angebote sollen auch lokalen Freifunk-Netzen zur Verfügung gestellt werden.

Mandatsträger müssen transparent sein

Wir GRÜNE wollen im Stadtrat auf die Verabschiedung eines Verhaltens- und Ehrenkodexes drängen, im dem gemäß den Vorschlägen von Transparency International durch eine Selbstverpflichtung der gewählten Stadträte der Umgang mit Interessenskonflikten geregelt wird, ebenso wie z. B. das Verbot zur Annahme von Geschenken im Zusammenhang mit der Ausübung des Ehrenamtes. Zudem wollen wir ein öffentlich zugängliches Interessenregister, bei dem jeder Stadtrat wahrheitsgemäß Auskunft über seine entgeltlichen Beschäftigungen, Mitgliedschaften in Vereinen, Aufsichtsratsposten sowie Anteile an Gesellschaften zu geben und diese Angaben zu aktualisieren hat. Analog sollen diese Bedingungen auch für die Oberbürgermeisterin, die Wahlbeamten (einschließlich der Ortsvorsteher) gelten. Die GRÜNE Fraktion wird bei der Umsetzung der Transparenzgrundsätze mit gutem Beispiel vorangehen.

Ein Rathaus der offenen Türen

Dresden braucht mehr Transparenz im Stadtrat. Wir wollen daher die Ausschusssitzungen generell öffentlich machen. Wir sind uns bewusst, dass es dazu einer Änderung der Gemeindeordnung auf Landesebene bedarf, wir wollen aber den aktuellen Spielraum dafür weiter ausreizen. Die Fortschritte, die auch dank GRÜNER Initiativen (Live-Streaming der Stadtratssitzung im Internet, Erweiterung des Angebotes im Ratsinformationssystem) erreicht wurden, müssen konsequent weiterentwickelt werden. Ein erster Schritt ist hierfür die Sitzungsöffentlichkeit der Beiräte. Wir wollen, dass Verwaltungsvorlagen und Anträge mit ihrer Einreichung auch den Bürgerinnen und Bürgern online zugänglich sind.

G. DRESDEN – EINE METROPOLE DER WELTOFFENHEIT

Seine kulturelle Größe verdankt Dresden seiner Weltoffenheit in den unterschiedlichen Epochen seiner Vergangenheit und dem Mut zu Innovationen. Dieser Geist soll auch die Zukunft Dresdens prägen. Wir GRÜNE setzen uns mit ganzer Kraft für ein Klima der Offenheit und gegenseitiger Achtung ein. Menschenrechte stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Wir akzeptieren Diskriminierung weder im Alltag noch im politischen Raum.

Wir setzen uns dafür ein, dass die im „Lokalen Handlungsprogramm für Toleranz und Demokratie und gegen Rassismus“ aufgeführten Maßnahmen finanziell abgesichert werden. Entsprechende Projekte, die sich mit fremdenfeindlichen Tendenzen, auch in den Ortsteilen, auseinandersetzen, wollen wir fördern. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich das darauf ausgerichtete Fan-Projekt von Dynamo Dresden und die Arbeit des Fan-Beauftragten zur Gewaltprävention und Antirassismus-Arbeit.

Dresden für Migrantinnen und Migranten lebenswert gestalten

Wir GRÜNE wollen die Bedingungen in Dresden so gestalten, dass sich Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder ihres sozialen Status, wohl fühlen und entfalten können.

Wir fordern dafür eine aktive Beteiligung der Betroffenen und aktiven Interessenvertretungen an der Fortschreibung des Integrationskonzepts. Wichtige Maßnahmen wie Bildungspatenschaften, Gemeindegeldmetscherdienst, soziale Begleitung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden, Sprachkurse oder medizinische Beratung müssen realisiert werden.

Wir wollen mehr Fachpersonal mit Migrationshintergrund in öffentlichen Einrichtungen, öffentlichem Dienst, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und des Gesundheitswesens. Zudem wollen wir in den Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die in der Zuständigkeit der Stadt liegen, interkulturelle Kompetenz und Fremdsprachenkenntnisse verpflichtend verankern. Die finanzielle Förderung von besonders relevanten Veranstaltungen wie den Interkulturellen Tagen muss gewährleistet werden.

Wir wollen, dass die Stadt Dresden aktiv und kontinuierlich über die Möglichkeiten der Einbürgerung informiert.

Kompetenzen des Ausländerbeirates erweitern

Wir setzen uns für eine Ausweitung der Kompetenzen des Ausländerbeirates ein. Der Beirat muss das Recht erhalten, eigenständig ausgewählte Themen zu beraten (Selbstbefassungsrecht). Außerdem benötigt er ein eigenes Budget und eine Büroinfrastruktur. Ferner wollen wir GRÜNE durch eine größere Transparenz (z. B. Öffentlichkeit der Sitzungen) die Beteiligungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten verbessern. Der Stadtrat sollte Entscheidungen, die vom Votum des Ausländerbeirates abweichen, dem Gremium gegenüber gesondert begründen.

Flüchtlinge in Dresden aufnehmen und unterstützen

Ziel unserer Flüchtlings- und Asylpolitik ist es, Schutzsuchenden und Schutzbedürftigen ein menschenwürdiges Leben bei uns zu ermöglichen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften gegen den Willen der Betroffenen auf maximal sechs Monate zu beschränken. Die Gemeinschaftsunterkünfte sollen wohnungsähnlich gestaltet werden, soziale Betreuung und Begleitung sichergestellt, der Zugang zu Integrations-/Sprachkursen ab Aufnahme ermöglicht und eine kostenlose Rechtsberatung angeboten werden. Dresden muss entsprechend seiner Größe mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Wir wollen die Beteiligung der Stadt Dresden an freiwilligen Flüchtlingsaufnahme-Programmen – sog. „Resettlement“.

Für ein vielfältiges Dresden

Der Einsatz für die Rechte von Lesben, Schwulen und Transgender ist selbstverständlicher Bestandteil GRÜNER Politik. Städtepartnerschaften der Stadt Dresden sind gute Gelegenheiten, sich auch auf internationaler Ebene für die Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten einzusetzen. Wir wollen, dass Dresden diese Möglichkeiten nutzt. Partnerstädte, wie St. Petersburg, wo Gesetze erlassen wurden, um das Eintreten von Lesben, Schwulen und trans* Menschen für ihre Rechte zu kriminalisieren, geben Anlass dazu.

Wir fördern bürgerschaftliche Initiativen, die sich für Schwule, Lesben und trans* Menschen einsetzen. Wir fordern, dass die Landeshauptstadt Dresden mit gutem Beispiel im Einsatz für Gleichstellung vorangeht, die Aktivitäten des Christopher Street Day in Dresden finanziell und praktisch unterstützt und wie andere Städte auch die Regenbogenflagge vor dem Rathaus hisst.

Wir stehen für die Förderung der Beratungsangebote für Lesben, Schwule und Transgender.

Die von uns vorgeschlagene Ombudsstelle soll auch Beratungs- und Beschwerdemöglichkeit für Menschen bieten, die diskriminierende Erfahrungen machen mussten oder Diskriminierungen vermeiden wollen. Um eine Politik der Vielfalt in Dresden besser zu verankern, schlagen wir ein beratendes Gremium zur Gleichstellung von Schwulen, Lesben und Transgendern vor. Dieses soll die Antidiskriminierungsarbeit in der Stadtverwaltung gemeinsam mit Bildungs- und Beratungsorganisationen stärken und die Akzeptanz in der Stadtgesellschaft fördern.

Wir wollen die Gleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften und Regenbogenfamilien im kommunalen Recht durchsetzen – z. B. in der Kitasatzung.

Dresden als Partner der Welt

Die Partnerschaftsbeziehungen unserer Stadt weltweit sind für uns eine wichtige Grundlage für die Weltoffenheit in Dresden. Besonders wichtig ist es für uns, dass Dresden als Tor zu Osteuropa seine besonderen, historisch gewachsenen Beziehungen nach Mittel- und Osteuropa pflegt. Wir wollen auch Kontakte in wirtschaftlich benachteiligte Länder, insbesondere in Länder des globalen Südens, pflegen. Für uns ist der Einsatz für Menschenrechte weltweit mit städtischen Partnerschaftsbeziehungen verbunden.

Für eine andere Gedenk- und Erinnerungskultur

Die Erinnerungs- und Gedenkkultur in Dresden wird nach wie vor vom Gedenken an die Bombardierung Dresdens geprägt. Der „Mythos Dresden“ ist zum Sinnbild einer über Jahre hinweg fehlgeleiteten Erinnerungskultur geworden, die in erheblichen Teilen an propagandistische Missbrauchsversuche durch die Nationalsozialisten und eine Instrumentalisierung in der DDR anknüpfte. Dadurch wurden den Neonazis maßgebliche Anknüpfungspunkte für ihre Massendemonstrationen rund um den 13. Februar geliefert.

Wir wollen die historische Belastung des Gedenkens in Dresden überwinden. Wir halten deshalb den Heidefriedhof als Ort für das offizielle städtische Gedenken für ungeeignet und wollen die Gedenkzeremonie zukünftig in die Innenstadt verlagern – auch mit einer stärkeren Beteiligung der Partnerstädte, die im Zweiten Weltkrieg ebenfalls von schweren Bombenangriffen getroffen wurden. Ein von politisch geprägten Gedenkritualen entlasteter Heidefriedhof soll zu einem Ort der individuellen Trauer umgestaltet werden.

Wir wollen in Dresden eine umfassende Ausstellung zur Geschichte Dresdens im Nationalsozialismus etablieren. Wir fordern weiterhin die Umbenennung einer Straße im Dresdner Stadtzentrum in Guernica-Straße, um daran zu erinnern, dass die Strategie des Flächenbombardements bereits vor Beginn des Zweiten Weltkriegs maßgeblich durch die Nationalsozialisten vorbereitet wurde.

Eine umfassende Erinnerungs- und Gedenkkultur in Dresden muss auch die Verbrechen in der DDR beinhalten. Dazu gehört die dauerhafte Sicherung der Gedenkstätte Bautzner Straße. Ebenso muss das Gedenken an die Opfer rassistischer und menschenfeindlicher Ideologien im Stadtbild sichtbar gemacht werden. Das gilt auch für das Gedenken an die Opfer rassistischer und neonazistischer Gewalt seit 1989 in Dresden.

Aufgabenmonitoring

meint die Überwachung der Bearbeitung einer konkreten Aufgabe.

Ausgleichsflächen

entstehen durch eine ökologische Aufwertung von Flächen, welche möglichst natürliche bis naturnahe Landschaftsteilen sind und die eine Minderung der ökologischen Belastung angrenzender Landschaftsteile ermöglichen. Diese ökologische Aufwertung kann z.B. durch Umwandlung von Ackerflächen in besondere Habitate für Flora und Fauna geschehen. Ausgleichsmaßnahmen können aber auch an Gewässern durch Renaturierung und Gebäuden durch Dach- und Fassadenbegrünung erfolgen.

Barrierefreiheit/barrierefrei

bedeutet ‚universelles Design‘ ein Design von Produkten, Umfeldern, Programmen und Dienstleistungen in der Weise, dass sie von allen Menschen möglichst weitgehend ohne eine Anpassung oder ein spezielles Design genutzt werden können. ‚Universelles Design‘ schließt Hilfsmittel für bestimmte Gruppen von Menschen mit Behinderungen, soweit sie benötigt werden, nicht aus.

Baugemeinschaft

ist ein Zusammenschluss von Bauwilligen mit ähnlichen Wohnideen, die gemeinsam Wohnraum in einem bestimmten Stadtteil schaffen.

Bikesharing

ist eine Form des Fahrradverleihs, bei dem die Fahrräder in der Regel im öffentlichen Raum oder an öffentlich zugänglichen Stationen zur Verfügung stehen. Diese Systeme werden von Unternehmen oder Kommunen eingerichtet.

Biomasseanlagen

Durch die Verbrennung fester Biomasse wird in Biomasseanlagen elektrische Energie erzeugt. Ein Biomasseheizkraftwerk stellt darüber hinaus Wärme bereit, die als Fern- oder Nahwärme oder als Prozesswärme genutzt werden kann. Bei reiner Wärmebereitstellung spricht man von einem Biomasseheizwerk.

Biotopwert

Ökologische Maßzahl zur Beurteilung von Waldbeständen als Lebensraum für Tiere und Pflanzen anhand der Kriterien Naturnähe, Gehölzartenvielfalt und Strukturvielfalt. Synthese mehrerer ökologischer Indikatoren oder Indikatorengruppen zum Waldbestand.

Blockheizkraftwerk

ist eine modular aufgebaute Anlage zur Gewinnung elektrischer Energie und Wärme, die vorzugsweise am Ort des Wärmeverbrauchs betrieben wird, aber auch Nutzwärme in ein Nahwärmenetz einspeisen kann. Sie nutzt dafür das Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung oder Wärme-Kraft-Kopplung.

Bodenversiegelung

bezeichnet das Bedecken des natürlichen Bodens durch Bauwerke des Menschen. Von Flächenversiegelung wird deshalb gesprochen, weil in den Boden von oben kein Niederschlag mehr eindringen kann und so viele der dort normalerweise ablaufenden Prozesse gestoppt werden. Zur Versiegelung werden auch nicht sichtbare Bauwerke unter der Erdoberfläche gezählt, wie z. B. Leitungen, Kanäle, Fundamente sowie stark verdichtete Böden.

Brachflächen

Als Brachflächen werden aufgegebene Betriebsgrundstücke verstanden, die bisher keiner optimalen neuen Nutzung zugeführt wurden und betriebliche Reserveflächen, die von den Unternehmen nicht mehr benötigt werden.

Bündnis für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz Dresden

geht auf einen Antrag der Dresdner Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.01.2013 zurück. Vorbild ist das seit 2011 bestehende Bündnis der Freien Hansestadt Hamburg. Mit einem Bündnis aus Vertretern der Wohnungswirtschaft, der Stadt und Mietern soll mehr Wohnraum für sozial Schwache in Dresden geschaffen werden.

Bürgerbeteiligungssatzung

dient einer regen, breiten und sachorientierten Bürgerbeteiligung. Eine Bürgerbeteiligungssatzung mit rechtlich verbindlichen Verfahren soll dabei garantieren, dass Bürgerbeteiligung nicht vom guten Willen der jeweiligen Ratsmehrheit oder des jeweiligen Bürgermeisters abhängig ist.

Bürgerentscheidssatzung

Bürgerentscheidssatzung meint die Satzung der Landeshauptstadt Dresden zur Durchführung von Einwohnerinnen- und Einwohneranträgen, Bürgerinnen- und Bürgerbegehren sowie Bürgerinnen- und Bürgerentscheiden.

Carsharing

bedeutet das flexible Anbieten von Autos, die von Unternehmen bereitgestellt werden.

Christopher Street Day (CSD)

ist ein Festtag, Gedenktag und Demonstrationstag von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern. Gefeierte und demonstriert wird für die Rechte dieser Gruppen sowie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung.

Contracting

ist die Übertragung von Aufgaben der Energiebereitstellung und Energielieferung auf ein darauf spezialisiertes Unternehmen.

Controlling

ist ein Teilbereich des unternehmerischen Führungssystems, dessen Hauptaufgabe die Planung, Steuerung und Kontrolle aller Unternehmensbereiche ist.



Domino - Jugend gestaltet

ist ein Jugendbeteiligungsprojekt des Kulturbüros Dresden (www.domino-dresden.de).

DREWAG

sind die Stadtwerke Dresdens.

End-zu-End-Verschlüsselung

bedeutet die Verschlüsselung übertragener Daten über alle Übertragungsstationen hinweg. Die zu übertragenden Daten werden auf Senderseite ver- und erst beim Empfänger wieder entschlüsselt.

Energiegenossenschaften

sind Akteure der Energiewirtschaft in der Rechtsform einer Genossenschaft mit dem Ziel einer dezentralen, konzernunabhängigen und ökologischen Energiegewinnung.

ENSO

ist ein Anbieter für Strom, Erdgas, Wasser, Wärme und energienahe Dienstleistungen.

Entbürokratisierung

wird auch Bürokratieabbau genannt und meint in der Regel ein Abbau von Vorschriften und Gesetzen, aber auch eine erhöhte Transparenz behördlichen Handelns.

Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP)

ist ein in Deutschland angewandtes Patientenklassifikationssystem, das auf Grundlage einer tagesbezogenen Kostenkalkulation in einer klinisch relevanten und nachvollziehbaren Weise, Art und Anzahl der behandelten Krankenhausfälle in Bezug zum Ressourcenverbrauch des Krankenhauses setzen soll.

Entsiegelung

bezeichnet das Aufdecken bzw. Wiederherstellen des natürlichen Bodens von Bauwerken des Menschen.

Exzellenzuniversität

ist eine Universität in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen.

Feinstaub

Die als Feinstaub (PM10) bezeichnete Staubfraktion enthält 50% der Teilchen mit einem Durchmesser von 10 µm, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. Partikel dieser Größe können über den Kehlkopf hinaus bis tief in die Lunge gelangen. Sie sind daher besonders gesundheitsschädlich.

Flächenvorsorge

Raumplanerische Sicherung von Überflutungsflächen und gefährdeten Gebieten.

Flächenverbrauch

Unter Flächenverbrauch versteht man die Umwandlung von bisher vor allem landwirtschaftlich genutzten, aber auch naturbelassenen Flächen in „Siedlungs- und Verkehrsfläche“. Flächenverbrauch ist damit einerseits Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche und natürlichen Lebensräumen und andererseits Ausdehnung der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Frischluftschneise

ist zusammenhängendes, hindernisfreies Gebiet vom Umland bis ins Stadtgebiet, in dem Frischluft verfrachtet werden kann.

Gender-Budgeting

bedeutet die Etablierung und Durchführung von Maßnahmen innerhalb des Prozesses der Aufstellung von öffentlichen Haushalten mit dem Ziel, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und schließlich zu erreichen.

Geriatric/geriatriisch

ist die medizinische Spezialdisziplin, die sich mit den körperlichen, geistigen, funktionalen und sozialen Aspekten in der Versorgung von akuten und chronischen Krankheiten, der Rehabilitation und Prävention alter Patientinnen und Patienten sowie deren spezieller Situation am Lebensende befasst.

Grundsteuer

ist eine Steuer auf das Eigentum an Grundstücken. Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer ist meist der Wert des Grundstücks.

Hafencity

Siehe: Masterplan Leipziger Vorstadt

Heilpädagogische Kita

ist ein Ort für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten bzw. Verhaltensstörungen oder mit geistigen, körperlichen und sprachlichen Beeinträchtigungen. Auch Kinder mit Entwicklungsverzögerungen können hier Aufnahme finden, um die Rückstände aufzuholen und im späteren Verlauf eine Eingliederung in die Regelgrundschule zu ermöglichen.

Informationsfreiheitsgesetz

Das Recht auf Zugang zu Informationen wird inzwischen in über 80 Staaten durch Informationsfreiheitsgesetze (IFG) und Informationsfreiheitsgesetzen auf kommunaler Ebene, garantiert. Sie regeln die entsprechenden Rechte und legen das nähere Verfahren fest, um diesen freien Zugang zu gewähren. Informationsfreiheitsgesetze dienen in erster Linie der demokratischen Meinungs- und Willensbildung. Informationsfreiheit ist ein Bürgerrecht zur öffentlichen Einsicht in Dokumente und Akten der öffentlichen Verwaltung.

Inklusive Kita

Ein integrativer Kindergarten ist eine Einrichtung, in der es integrative Gruppen gibt, in denen körperlich oder geistig behinderte Kinder mit nichtbehinderten Kindern gemeinsam gefördert werden.

Inklusion/inklusiv

bedeutet, wenn jeder Mensch in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben oder teilzunehmen. Das Recht zur Teilhabe wird bezieht sich auf sämtliche Lebensbereiche, in denen sich alle barrierefrei bewegen können sollen.

Integrationskonzept

beschreibt die kommunalen Handlungsfelder und Maßnahmen zur Ausgestaltung der weiteren Integrationsarbeit in Dresden.

Interkulturelle Tage

ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie wird von den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Ausländerbeiräten und Integrationsbeauftragten, Migrantenorganisationen und Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen. Die Aktionsformen sind sehr vielfältig. Sie reichen von Lesungen, Musik-, Film-, Theater- und Tanzveranstaltungen, Diskussionen, Workshops, Seminare, Sportveranstaltungen, Festen sowie Tagen der Offenen Türe bei Religionsgemeinschaften.

Die Interkulturellen Tage findet jährlich Ende September statt.

Jobcenter

ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts für einen Landkreis oder eine Kreisfreie Stadt in Deutschland, die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II zuständig ist. Aufgabe der Jobcenter ist, Leistungen nach dem SGB II zu gewähren und durch „das Fördern und Fordern“ den betroffenen Personen die Perspektive und Möglichkeit zu eröffnen, ihren Lebensunterhalt künftig aus eigenen Mitteln und Kräften, langfristig und ohne weitere öffentliche Unterstützung zu bestreiten.

Jobtickets

sind Zeitkarten (Monats- oder Jahresfahrkarten), die Unternehmen oder Behörden bei einem regionalen oder überregionalen Verkehrsunternehmen erwerben und die sie entgeltlich oder unentgeltlich an ihre Mitarbeiter für deren Fahrten mit Bus und Bahn weitergeben.

Kalthallen

sind raumabgeschlossene Anlagen ohne künstliche Belüftung und Heizungsanlage.

Kaltluftentstehungsgebiet

Als Kaltluftentstehungsgebiete werden Areale einheitlicher Gefällerrichtungen abgegrenzt, aus denen die auf Freiflächen produzierte Kaltluft abfließen kann.

Klimaneutrale Stadtentwicklung

Der Begriff Klimaneutralität bezeichnet die Minderung und Kompensation von Treibhausgasemissionen. Bei einer klimaneutralen Stadtentwicklung sollen die erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung einer Klimaneutralität festgelegt bzw. umgesetzt werden.

Kommunale Polizeibehörde

ist eine kommunale Einrichtung, die, je nach Land unterschiedlich ausgeprägt, polizeiliche Aufgaben wahrnimmt. Meist setzt sie Gemeinderecht, gelegentlich aber auch übergeordnetes Recht, um. In vielen Ländern liegt die Zuständigkeit für polizeiliche Aufgaben auch bei den Verwaltungen der Städte und Gemeinden, die dann häufig über eigene uniformierte Polizeikräfte verfügen. Diese treten insbesondere dann besonders deutlich in Erscheinung, wenn sie (was die Regel ist) für ordnungs- und verkehrspolizeiliche Belange im Stadt- bzw. Gemeindegebiet zuständig sind.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Unter Kultur- und Kreativwirtschaft werden diejenigen Kultur- und Kreativunternehmen erfasst, welche überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind und sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen/kreativen Gütern und Dienstleistungen befassen. Der verbindende Kern jeder kultur- und kreativwirtschaftlichen Aktivität ist der schöpferische Akt von künstlerischen, literarischen, kulturellen, musischen, architektonischen oder kreativen Inhalten, Werken, Produkten, Produktionen oder Dienstleistungen.

Kurtaxe

ist im weitesten Sinne eine Kommunalabgabe, die auf Gemeindeebene je Person und entgeltlicher Übernachtung in einem Gemeindegebiet erhoben wird.

Lärmaktions- und Luftreinhaltungspläne

ist die kommunale Umsetzung der EG-Umgebungs-lärmrichtlinie und der Bundesimmissionsschutzgesetzes, um die Lärmbelastung strategisch entgegenzuwirken. Darin werden maßgebliche Handlungsfelder in allen Ebenen des Verwaltungshandelns für einen zielorientierten Lärmschutz festgeschrieben.

Lärmsanierung

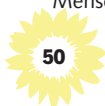
meint die gesetzlich vorgeschriebene Schallschutzmaßnahmen zur Lärmbekämpfung.

Lebenszyklusberechnungen

sind eine Kostenmanagement-Methode, die die Entwicklung eines Produktes von der Produktidee bis zur Rücknahme vom Markt betrachtet (Produktlebenszyklus), also von der »Wiege bis ins Grab«. Dabei sind nur die negativen Zahlungsströme (Ausgaben) von Interesse, die Erlöse (Einnahmen) werden vernachlässigt.

Leichte Sprache

bezeichnet eine besonders leicht verständliche sprachliche Ausdrucksform. Durch die Aufbereitung von Texten und anderer Materialien in leicht lesbarer und verständlicher Form sollen sprachliche Barrieren abgebaut und möglichst vielen Menschen der Zugang zu Information eröffnet werden. Das Angebot in Leichter Sprache richtet sich in erster Linie an Menschen mit sog. Lernschwierigkeiten. Als weitere Zielgruppen werden Menschen, die als mit Migrationshintergrund gelten, ältere Menschen und sog. Analphabet/innen genannt.



Live-Streaming

bedeutet übersetzt Echtzeitübertragung. Empfangene und gleichzeitig wiedergegebene Audio- und Videodaten werden in Echtzeit bereitgestellt.

Lokales Handlungsprogramm für Toleranz und Demokratie und gegen Rassismus

Mit dem Lokalen Handlungsprogramm (LHP) für Toleranz und Demokratie und gegen Extremismus fördert die Landeshauptstadt Dresden schon seit mehr als einem Jahr engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen im Bereich der Extremismusbekämpfung. Das LHP ist Arbeitsgrundlage für die Stadtverwaltung. Zugleich wird dadurch die Einwohnerschaft Dresdens aufgefordert aktiv bei der Umsetzung mitzuwirken. Ziele sind unter anderem die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, die Bekämpfung von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung.

Luftreinhalteplan 2011

Die Landeshauptstadt Dresden hat für das Stadtgebiet einen Luftreinhalteplan im Mai 2011 aufgestellt. Der Plan wurde als Fortschreibung des Luftreinhalte- und Aktionsplanes vom Mai 2008 aufgestellt. Ziel des Luftreinhalteplans ist eine Verbesserung der Luftqualität.

Masterplan Leipziger Vorstadt

Der Masterplan Leipziger Vorstadt ist ein 2010 vorgestellter Plan für ein mögliches Bauprojekt zur Gestaltung eines 50-Hektar-Bereiches zwischen Neustädter Hafen und Großenhainer Straße im Dresdner Stadtteil Leipziger Vorstadt.

Mikrokreditprogramme

sind Kleinstkredite von einem Euro bis zu einigen tausend Euro an Kleingewerbetreibende.

Mythos Dresden

Bestimmte wirkmächtige Vorstellungen über die Bedeutung der alliierten Bombenangriffe auf Dresden kann man als „Mythos Dresden« zusammenfassen. Sie behaupten, dass Dresden als „unschuldige Kunst- und Kulturstadt“ „militärisch sinnlos“ in einem Ausmaß zerstört worden sei, das deutlich über die Zerstörung anderer deutscher Städte durch die Alliierten oder die Zerstörung europäischer Städte durch die Deutschen hinausreiche.

Nachbarschaftshilfe

Nachbarschaftshilfe bezeichnet eine gegenseitige, unter Nachbarn gewährte Form der Hilfe und Unterstützung, bei der zumeist auf ein Entgelt in Form einer Geldzahlung verzichtet und stattdessen Gegenleistungen in ähnlicher Form erbracht werden.

Naturnah

Als naturnah werden Biotope bezeichnet, die ohne gezielte Veränderung des Standortes oder ohne direkten menschlichen Einfluss entstanden sind, nicht wesentlich vom Menschen verändert wurden und höchstens extensiv genutzt werden, sowie künstlich geschaffene Biotope, die nach ihrer Entstehung einer weitgehend natürlichen Entwicklung überlassen wurden und für den Standort typische Pflanzen- und Tierarten aufweisen.

Niedrigenergiehausstandard

bezeichnet Neubauten sowie sanierte Altbauten, die Energie einsparen. Zur Beurteilung dieser Standards gelten die Regelungen der Energie-sparverordnung (EnEV).

Off-Kultur

ist ein Begriff, der in vielen Sparten der Kunst den Teil einer Szene bezeichnet, der nicht auf die Masse ausgerichtet ist, unabhängig produziert und oft auch eine Gegenkultur darstellt.

Ombudsstelle

ist eine Beschwerde- bzw. Schlichtungsstelle.

„Open-Data“-Grundsätze

Open Data bedeutet die freie Verfügbar- und Nutzbarkeit von, meist öffentlichen, Daten. Sie beruht auf der Annahme, dass vorteilhafte Entwicklungen unterstützt werden wie Open Government, wenn Daten für jedermann frei zugänglich gemacht werden und damit mehr Transparenz und Zusammenarbeit ermöglichen. Die „Open-Data“-Grundsätze sind: Vollständigkeit, Primärquelle, Aktualität, Zugänglichkeit, maschinelle Lesbarkeit, Nichtdiskriminierung, Verwendung von offenen Standards, offene Lizenzierung, Dauerhaftigkeit und niedrige Nutzungskosten.

Open-Government-Data-Angebote

Open Government Data ist die öffentlich verfügbare Bereitstellung von Datenbeständen, in der Regel als Rohdaten zur Nutzung, Weiterverwendung und Weiterverbreitung. Ausgenommen sind schutzwürdige Daten.

Ortschaftsverfassung

bezeichnet die Verfassung eines Orts- oder Gemeindebezirks. Sie dient der Stärkung der Entscheidungsgremien in den Stadtteilen, u.a. indem die Ortschaftsräte direkt von der Bevölkerung gewählt werden und sie über selbst bestimmte Themen beraten können.

Passivhausstandard

Die Häuser werden „passiv“ genannt, weil der überwiegende Teil des Wärmebedarfs aus „passiven“ Quellen gedeckt wird, wie Sonneneinstrahlung und Abwärme von Personen und technischen Geräten. Das Ergebnis ist eine positive Raumwahrnehmung, gekoppelt mit einem niedrigen Energieverbrauch.

Personalentwicklungskonzept

dient der Vermittlung von Qualifikationen und Kompetenzen, die zur optimalen Verrichtung der derzeitigen und der zukünftigen Aufgaben erforderlich und beruflich, persönlich sowie sozial förderlich sind. In einem Personalentwicklungskonzept werden Ziele, Grundsätze und Verfahren für die Personalentwicklung insgesamt genannt.

Photovoltaik

meint die direkte Umwandlung von Lichtenergie, meist aus Sonnenlicht, in elektrische Energie mittels Solarzellen.

Planungsleitbild Dresdner Innenstadt

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden hat am 4. Juli 2008 das Planungsleitbild Innenstadt als strategische Grundlage der stadträumlichen Entwicklung der Dresdner Innenstadt beschlossen. Das Planungsleitbild ist ein raumbezogenes Strategiekonzept mit gemeinsam formulierten Leitideen, Zielen und Qualitätsvorstellungen.

Promenadenring

Bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts war Dresden von einer Festungsmauer umgeben. Ihr Verlauf ist bis heute im Stadtgrundriss erkennbar. Mit dem geplanten Promenadenring soll in Zukunft ein großzügiger Boulevard entstehen, der diese historischen Spuren im städtebaulichen Gefüge erhält und durch miteinander verbundene begrünte Stadträume sichtbar und erlebbar macht.

Ratsinformationssystem

ist ein auf die Abbildung demokratischer Strukturen spezialisiertes EDV-gestütztes Informations- und Dokumentenmanagementsystem in Gemeinden bis hin zu Stadtstaaten.

Regionalplan

dient als regionale Raumordnung der Konkretisierung, der fachlichen Integration und Umsetzung der Ziele der Regionen. Sie nimmt damit eine vermittelnde Stellung zwischen gesamtstaatlicher Planung (Landesentwicklung) und kommunaler Gemeindeentwicklung ein.

Richtlinie zur kommunalen Kulturförderung

Den Gegenstand der Förderung bilden zeitlich befristete, inhaltlich abgrenzbare Projekte sowie über das ganze Jahr zu erbringende kontinuierliche Leistungen (institutionelle Förderung) mit überwiegend kulturellem bzw. künstlerischem Charakter. Das vom Stadtrat beschlossene Kulturleitbild, der Kulturentwicklungsplan und weitere vom Stadtrat formulierte Kriterien sind die Leitlinien zur fachlichen Beurteilung der Projekte und Institutionen.

Sanierungsgebiete

ist ein fest umrissenes Gebiet, in dem eine Gemeinde (Städte, Gemeinden, auch Dörfer) eine „Städtebauliche Sanierungsmaßnahme“ durchführt.

Schulnetzplanung

dient der Umsetzung des über eine halbe Milliarde Euro umfassenden Schulbauprogramms der Landeshauptstadt. Außerdem wurde ein Informationsaustausch über das Schulhausbauprogramm oder auftretende, konkrete Problemlagen vereinbart.

Solidarpaktmittel

sind die Finanzmittel für den Abbau teilungsbedingter Sonderlasten im Rahmen des Länderfinanzausgleichs durch besondere Bundesergänzungszuweisungen.

Sondernutzungssatzung

regelt die Sondernutzung, die im Gegensatz zum normalen „Gemeingebrauch“ solche Nutzungen umfasst, die das gleiche Recht aller überschreiten und deshalb in der Regel verboten sind oder einer Erlaubnis bedürfen.

Sozialcharta

Im Rahmen der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände werden Auflagen als Sozialchartas vereinbart, welche den Mietern einen weit über die gesetzlichen Regelungen hinausgehenden Schutz geben.

Sozialticket

ist ein im Preis ermäßigter Einzel- oder Zeitfahrausweis zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch sozial bedürftige Menschen.

Soziokultur

bezeichnet eine direkte Hinwendung von Akteuren und Kultureinrichtungen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit und zum Alltag. Orte von Soziokultur sind vor allem Soziokulturelle Einrichtungen.

Sportförderrichtlinie

regelt, in welcher Weise „der Bau, der Erhalt, die Verwaltung und die Betreibung der kommunalen Sportstätten“ unterstützt wird. In der Sportförderrichtlinie wird auch erwähnt, zu welchen Konditionen kommunale Sportstätten, Bäder und Schulsporthallen genutzt werden können, wer wann Fahrtkostenzuschüsse beantragen darf, wie der Spitzensport gefördert wird und welche Zuschüsse es für bedeutsame Sportveranstaltungen gibt.

Stadtgärtnern (in Form von Bürger-, Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten und Urbaner Landwirtschaft)

Urban Gardening ist die meist kleinräumige, gärtnerische Nutzung städtischer Flächen innerhalb von Siedlungsgebieten oder in deren direktem Umfeld. Stadtgärtnern ist eine Form des bürgerschaftlichen Engagements und gehört im engeren Sinne zum Urban Gardening. Dabei werden u. a. Brachflächen, Kreisverkehren und nicht bepflanzten Grünanlagen begrünt.

Start-ups

sind junge Unternehmen, die sich in der ersten Phase des Lebenszyklus eines Unternehmens befinden.

STESAD

Am 5. Mai 1992 wurde die Tochtergesellschaft der Stadt Dresden gegründet, um die ganzheitliche bauliche Entwicklung Dresdens zu realisieren. STESAD steht für Stadtentwicklungs- und -sanierungsgesellschaft Dresden mbH.

Strom- und Gassperren

sind eine Einstellung der Energieversorgung, die der Energieversorger, der eine Person, einen Betrieb oder Firma mit Energie beliefert, anwenden kann. Ein Grund für diese Sperrungen kann sein, wenn ein Kunde mit der Zahlung im Schuldnerverzug ist.

Technischer Hochwasserschutz

meint vom Menschen geschaffenen Maßnahmen, welche die Verhinderung von Überschwemmung und Hochwasserschäden bei starken Niederschlägen, Schneeschmelzen, Sturmfluten, Abflussstauungen usw. zum Ziel haben (z.B. Deiche).

Totalschutzflächen

sind klassische Naturschutzgebiete, die einen „Totalschutz“ mit der weitgehenden Aufgabe land- und forstwirtschaftlicher Nutzungen beinhalten.

Umweltzone

ist ein geographisch definiertes Gebiet, das nur den Zugang von bestimmten, als schadstoffarm gekennzeichneten Fahrzeugen erlaubt und als Ziel die Verbesserung der Luftqualität hat.

Vorkasse-Zähler

ist eine Alternative zu Strom- und Gassperren. Bei Zahlung eines bestimmten Geldbetrages bekommt der Stromabnehmer einen elektronischen Schlüssel, auf dem der Geldbetrag gespeichert wird. Steckt der Kunde den Schlüssel in den Zähler, fließt der Strom. Ist der bezahlte Betrag verbraucht, muss man beim Stromversorger den Schlüssel mittels Chip wieder aufladen lassen.

Wächterhäuser

Leerstehende Häuser oder Läden werden für keine oder eine geringe Miete Mietern zur Verfügung gestellt. Die Eigentümer werden so von den laufenden Kosten entlastet, die ein leerstehendes Haus verursacht, ebenso von der Sorge vor weiteren Zerstörungen des Hauses.

Zersiedelung

ist entweder die Errichtung von Gebäuden außerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen oder das unregelmäßige und unstrukturierte Wachstum von Ortschaften in den unbebauten Raum hinein.

Zwei-Grad-Ziel

beschreibt das Ziel der internationalen Klimapolitik, die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen.

STADTRATSWAHL AM 25. MAI

**3 STIMMEN
FÜR GRÜN**



WWW.JETZT-ABER-GRÜN.DE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

